

## Dagmara Jajesniak-Quast

„Proletarische Internationalität“ ohne Gleichheit.  
Ausländische Arbeitskräfte in ausgewählten sozialistischen  
Großbetrieben

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.918>

Reprint von:

Dagmara Jajesniak-Quast, „Proletarische Internationalität“ ohne Gleichheit. Ausländische Arbeitskräfte in ausgewählten sozialistischen Großbetrieben, in: Ankunft – Alltag – Ausreise. Migration und interkulturelle Begegnung in der DDR-Gesellschaft, herausgegeben von Christian Th. Müller und Patrice G. Poutrus, Böhlau Köln, 2005 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 29), ISBN 3-412-14605-6, S. 267-294

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <[redaktion@zeitgeschichte-digital.de](mailto:redaktion@zeitgeschichte-digital.de)>



Zitationshinweis:

Dagmara Jajesniak-Quast (2005), „Proletarische Internationalität“ ohne Gleichheit. Ausländische Arbeitskräfte in ausgewählten sozialistischen Großbetrieben, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam,  
<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.918>

Ursprünglich erschienen als: Dagmara Jajesniak-Quast, „Proletarische Internationalität“ ohne Gleichheit. Ausländische Arbeitskräfte in ausgewählten sozialistischen Großbetrieben, in: Ankunft – Alltag – Ausreise. Migration und interkulturelle Begegnung in der DDR-Gesellschaft, herausgegeben von Christian Th. Müller und Patrice G. Poutrus, Böhlau Köln, 2005 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 29), ISBN 3-412-14605-6, S. 267-294

# Zeithistorische Studien

Herausgegeben vom Zentrum für  
Zeithistorische Forschung Potsdam

Band 29

Christian Th. Müller  
Patrice G. Poutrus (Hg.)

# Ankunft – Alltag – Ausreise

Migration und interkulturelle Begegnung  
in der DDR-Gesellschaft



2005

BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung der Gerda-Henkel-Stiftung

(483/ZZF 17785)

Zentrum für  
Zeithistorische Forschung e.V.  
Bibliothek

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek  
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation  
in der Deutschen Nationalbibliografie;  
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über  
<http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Umschlagabbildung:

„Neue Wache, Berlin 1990“ (Foto: Stefan Moses – alle Rechte beim Fotografen)

© 2005 by Böhlau Verlag GmbH & Cie, Köln  
Ursulaplatz 1, D-50668 Köln  
Tel. (0221) 913 90-0, Fax (0221) 913 90-11  
[info@boehlau.de](mailto:info@boehlau.de)

Alle Rechte vorbehalten

Druck und Bindung: Strauss GmbH, Mörlenbach

Gedruckt auf chlor- und säurefreiem Papier

Printed in Germany

ISBN 3-412-14605-6

# Inhalt

CHRISTIAN TH. MÜLLER/PATRICE G. POUTRUS

Einleitung .....	9
------------------	---

CHRISTIAN TH. MÜLLER

„O’ Sowjetmensch!“ Beziehungen von sowjetischen Streitkräften und DDR-Gesellschaft zwischen Ritual und Alltag .....	17
1. Einführung.....	17
2. Mentalitätsgeschichtliche Annäherung an das Problem der Studie .....	22
3. Die Rolle der GSSD in der Geschichte der DDR .....	32
4. Deutsch-sowjetische Beziehungen und die Wahrnehmung der GSSD in unterschiedlichen Erlebniswelten.....	99
5. Schlussfolgerungen.....	133

MICHAEL SCHWARTZ

Vertriebene als Fremde. Integrationsprobleme deutscher Zwangsmigranten in der SBZ/DDR .....	135
1. Vertriebene als Randgruppe: Problemdiagnosen in der SBZ/DDR.....	137
2. Umstrittene Antidiskriminierungs-Politik „zum Schutze der Neubürger“ .....	145
3. Fremdheit durch Eigenes: Kulturelle Differenz als Abgrenzungsfaktor.....	152
4. Von der Ausgrenzung zur Selbstabgrenzung: Stolz auf die Fremdheit .....	156
5. SED-Assimilationspolitik und fremde Vertriebene.....	161
6. Schluss.....	170

DAMIAN MAC CON ULADH

„Studium bei Freunden?“

Ausländische Studierende in der DDR bis 1970 .....	175
1. Zum historischen Kontext.....	177
2. Das studentische Leben in den Universitäten .....	179
3. Jenseits der Universitätsmauern – die Interaktion mit der DDR-Bevölkerung.....	197
4. Ergebnisse.....	218

PATRICE G. POUTRUS

„Teure Genossen“. Die „politischen Emigranten“ als „Fremde“ im Alltag der DDR-Gesellschaft.....

.....	221
1. Erziehung als Idealfall: Die griechischen Flüchtlingskinder .....	224
2. Die Veteranen des spanischen Bürgerkriegs.....	233
3. Iraner und andere Fremde mit unsicherer Herkunft.....	241
4. Der Algerienkrieg als Bürgerkrieg in der DDR.....	248
5. Der schwierige Übergang vom Internationalismus zum Antimperialismus: Das Beispiel Südafrika .....	253
6. Ausblick: Die chilenischen Emigranten in den siebziger Jahren .....	258
7. Fazit.....	264

DAGMARA JAJEŚNIAK-QUAST

„Proletarische Internationalität“ ohne Gleichheit. Ausländische Arbeitskräfte in ausgewählten sozialistischen Großbetrieben.....

.....	267
1. Einführung.....	267
2. Klassifizierung der ausländischen Arbeitskräfte .....	270
3. Unterschiedliche Behandlung.....	277
4. Branchenunterschiede – Exkurs: EKO .....	284
5. Länderunterschiede.....	287
6. Probleme des Alltags – Möglichkeiten und Grenzen der Integration .....	288
7. Fazit.....	294

JONATHAN R. ZATLIN

„Polnische Wirtschaft“ – „deutsche Ordnung“?  
Zum Umgang mit Polen in der DDR..... 295

1. Verordneter Antirassismus ..... 298
2. Heuschrecken und Diebe zu Gast..... 301
3. Händler und Helden..... 307
4. Kulturdifferenz als Wirtschaftskonflikt? ..... 315

Anhang

Abkürzungsverzeichnis ..... 317

Literaturverzeichnis ..... 323

Zu den Autoren ..... 339

DAGMARA JAJEŚNIAK-QUAST

# „Proletarische Internationalität“ ohne Gleichheit. Ausländische Arbeitskräfte in ausgewählten sozialistischen Großbetrieben

## 1. Einführung

Die in diesem Aufsatz betrachteten sozialistischen Großbetriebe waren ein Ergebnis der sozialistischen Transformation, die sich in den Ländern Ostmitteleuropas seit spätestens 1947 bei starker Orientierung am sowjetischen Modell vollzog und aus der bis Ende der sechziger Jahre eine weitgehend vollständig ausgebildete Planwirtschaft resultierte. Sozialistische Großbetriebe entstanden in ganz Ostmitteleuropa unabhängig vom Industrialisierungsgrad des jeweiligen Landes. Eine Forschungsarbeit über die sozialistische Transformation am Beispiel der Eisen- und Stahlindustrie in Polen, der Tschechoslowakei und der DDR im Rahmen meiner Dissertation und frühere Forschungen zur deutsch-polnischen Grenzregion haben ergeben, dass die Umsetzung des sowjetischen Modells der Industrialisierung sich vor allem in Bezug auf die Arbeitskräfte am schwierigsten gestaltete.<sup>1</sup> Der Institutionentransfer und die zentrale Planung bis auf die Betriebsebene, das Monopol der Partei und die Verstaatlichung konnten originalgetreu aus der Sowjetunion übernommen werden. Die Mobilisierung der Bevölkerung zu „neuen Menschen“ in Form von Arbeiterbrigaden, dem sozialistischen Wettbewerb und den Massenorganisationen mit dem Ziel der Überwindung des kapitalistischen Systems im Menschen und der Transformation vom Ich zum Wir-Denken bereitete den Entscheidungsträgern dagegen die meisten Probleme. Ein Grund dafür war die große Diskrepanz zwischen der von den kommunistischen Parteien propagierten Gleichheit aller Arbeiter und der tatsächlichen ungleichen Behandlung in den Betrieben, die zu Konflikten und schließlich zum Widerstand der Arbeitskräfte führte. Die Arbeiter erkannten diese Diskrepanz sehr schnell, lehnten das Gleichheitsprinzip ab und forderten individuelle Gerechtigkeit. Besonders mit Blick auf die ausländischen Arbeitskräfte, die in den ausgewählten Betrieben in unterschiedlicher Quantität eingesetzt wurden, wird die ungleiche Behandlung sichtbar.

---

1 Vgl. Dagmara Jajeśniak-Quast, „Eisen und Stahl – unser tägliches Brot für die Industrie.“ Eisenhüttenstadt, Kraków Nowa Huta und Ostrava Kunčice in der sozialistischen Transformation. Dissertation an der Europa-Universität Viadrina 2005; dies./Katarzyna Stokłosa, Geteilte Städte an Oder und Neiße. Frankfurt/Oder – Stubice, Guben – Gubin und Görlitz – Zgorzelec 1945–1995, Berlin 2000.

Dieser Beitrag versucht, die ungleiche Behandlung der ausländischen Arbeitskräfte in den ausgewählten Betrieben zu zeigen. Der zeitliche Schwerpunkt der Betrachtung liegt in den fünfziger bis siebziger Jahren. Geographisch schließt die Studie vor allem die grenznahen Betriebe der DDR wie das Eisenhüttenkombinat Ost in Eisenhüttenstadt, das Chemiefaserwerk in Guben und das Halbleiterwerk in Frankfurt/Oder, aber auch die Eisenhüttenwerke in Nowa Huta in Polen und Kunčice in Tschechien ein. Der Begriff der ausländischen Arbeitskräfte wird dabei sehr weit gefasst. Ich stütze mich zunächst auf die zeitgenössische Klassifizierung der ausländischen Arbeiter in den Unterlagen der Betriebsarchive. Darüber hinaus ergänze ich diese zeitgenössische Klassifizierung um eine weitere Gruppe der ethnischen und nationalen Minderheiten, wie zum Beispiel die Roma-Arbeiter in Polen oder der Tschechoslowakei oder die ethnisch Deutschen in Oberschlesien direkt nach dem Zweiten Weltkrieg. Dabei fasse ich den Begriff der Minderheiten sehr breit auf und verstehe unter „ethnische Minderheit“ eine demographische Gruppe innerhalb einer bestimmten territorialen Einheit (Staaten oder Regionen), die sich durch bestimmte personale Merkmale (Sprache, physische Merkmale, Religion etc.) von der Bevölkerungsmehrheit unterscheidet. Im Gegensatz zu einer nationalen verfügt eine ethnische Minderheit nicht über ein „Mutterland“, in dem dieselbe Ethnie das staatstragende Volk bildet.<sup>2</sup> Diese Gruppe zählte formal nicht zu den ausländischen Arbeitern, ist aber für das Thema des ambivalenten Verhältnisses gegenüber den unterschiedlichen Gruppen von Arbeitskräften in den Betrieben von großer Bedeutung. Gerade diese Arbeiter, die sich aus den in den jeweiligen Ländern lebenden ethnischen und nationalen Minderheiten rekrutierten, wurden – darin den Ausländern ähnlich – einer speziellen Behandlung in den Betrieben unterworfen, deren Ziel ihre „Gleichschaltung“ war. Ostmitteleuropa war der Teil des Kontinents, dessen Staaten vor dem Zweiten Weltkrieg den größten Anteil ethnischer und nationaler Minderheiten aufwiesen.<sup>3</sup> Oft hatten die ostmitteleuropäischen Länder ihre staatliche Unabhängigkeit erst nach dem Ersten Weltkrieg im Jahre 1918 erlangt. Nach einer langen Teilungszeit war Polen entstanden, die Tschechoslowakei hatte sich neu gegründet. Die späteren sozialistischen Länder waren also in ihrer früheren Geschichte bereits oft mit dem Phänomen „Fremdheit“ konfrontiert worden. Besonders im Zuge des Nationalismus seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde „fremd“ dabei neu definiert. „Fremd“ wurden die Herrschaft der Großmächte, das Kapital der Firmen mit den Zentralen in Wien, Budapest oder Berlin, aber auch die Nachbarn im eigenen Land, wie die Juden, Ukrainer oder Deutschen wurden zu Fremden. Die relativ kurze selbständige Staatlichkeit dieser Länder, die sich meist nur auf die Zwischenkriegszeit beschränkte, übte einen Einfluss auf den Umgang mit den ethnischen und nationalen Minderheiten nicht nur in den zwanzig Jahren zwischen den Kriegen aus. Auch die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg war auf Grund der Erfahrungen des Krieges in

---

2 Vgl. Artikel „Minderheitensoziologie“ und Artikel „Minoritäten“, in: Gerd Reinhold (Hg.), *Soziologie-Lexikon*, München 1991, S. 396ff. und S. 399 sowie Zbigniew Kurcz, *Mniejszość niemiecka w Polsce [Deutsche Minderheit in Polen]*, Wrocław 1995, S. 11–32.

3 In der Zwischenkriegszeit stellte zum Beispiel in der Zweiten Polnischen Republik die nicht-polnische Bevölkerung einen Anteil von ca. 30 Prozent, vgl. dazu: Zbigniew Landau/Jerzy Tomaszewski, *Polemiki w sprawie struktury społeczeństwa [Polemiken im Problem der Struktur der Bevölkerung]*, in: dies., *Druuga Rzeczpospolita. Gospodarka. Społeczeństwo. Miejsce w świecie [Die Zweite Republik Polen. Wirtschaft. Bevölkerung. Stand in der Welt]*, Warszawa 1977, S. 113–131, hier: S. 117.

diesen Ländern durch Unsicherheit über Angst bis hin zu Hass gegenüber den Fremden charakterisiert.

Der Zweite Weltkrieg, in dem die Kriegshandlungen mit gezielten Vernichtungen, Vertreibungen und Umsiedlungen einhergingen, beendete die Existenz der Vielvölkerstaaten in fast ganz Ostmitteleuropa. Neue Fremde konnten das auf Grund von Vernichtung und Vertreibung entstandene Vakuum nur zum Teil auffüllen. Zu ihnen zählten auch ausländische bzw. ethnisch „fremde“ Arbeitskräfte in den sozialistischen Großbetrieben. Polnische Penderinnen in grenznahen Betrieben der DDR, Arbeitskräfte aus den sozialistischen Entwicklungsländern wie Kuba, Vietnam und Mozambique in der DDR und der Tschechoslowakei, die griechischen Emigranten in Polen oder slowakische Roma in den Betrieben im Westen der Tschechoslowakei sind nur einige Beispiele. Dabei waren die Unterschiede in der Quantität des Einsatzes der ausländischen Arbeitskräfte zwischen den einzelnen sozialistischen Ländern sehr groß. Die bereits vor dem Zweiten Weltkrieg zu den Industrienationen gehörenden Staaten wie die Tschechoslowakei oder das Gebiet der späteren DDR waren auf Grund der forcierten sozialistischen Industrialisierung und wegen der Abwanderung der Arbeitskräfte wie im Fall der DDR viel stärker auf die ausländischen Arbeitskräfte angewiesen als die landwirtschaftlich geprägten Volkswirtschaften Polens oder Ungarns. Alle diese Länder hatten allerdings eines gemeinsam: die ausländischen Arbeitskräfte wurden nicht gleichberechtigt behandelt. Trotz der unter dem Motto der „proletarischen Internationalität“ propagierten Gleichheit wurden die ausländischen Arbeiter den einheimischen Arbeitskräften nicht gleichgestellt. Dabei spielte die in den bilateralen Verträgen festgelegte Klassifizierung der ausländischen Arbeiter eine große Rolle, denn je nach ihrer Zugehörigkeit zu den dort festgeschriebenen Kategorien wurden sie unterschiedlich behandelt. Nicht selten hatten daher die entsprechenden Betriebe gar keinen Einfluss auf die unterschiedliche Handhabung. Vielmehr wurden die Unterschiede auf höherer Ebene geschaffen und in zwischenstaatlichen Verträgen festgehalten. Dabei übten sowohl das Gast- als auch das Entsendeland Einfluss auf diese Regelungen aus. Den begrenzten Kompetenzen der Unternehmen in der zentralen Planwirtschaft entsprechend, konnten die Betriebe ihren Einfluss dagegen nur in kleineren Bereichen geltend machen, so zum Beispiel im Rahmen der Kultur- und Sozialpolitik mittels der Kultur- und Sozialfonds oder des so genannten Direktorenfonds. Beide Fonds wurden in den einzelnen Ländern zwar unterschiedlich ausgelegt, kamen aber in allen untersuchten Unternehmen vor und konnten entweder zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Belegschaftsmitglieder, also auch der ausländischen Arbeitskräfte, oder zur Finanzierung bestimmter Auszeichnungen, Leistungs- und Zielprämien dienen.<sup>4</sup> Der prozentuale Anteil beider Fonds an den Kosten bzw. Gewinnen wurde allerdings zentral festgelegt und konnte von den Betrieben nicht beeinflusst werden.

---

4 Im Gegensatz zu den entsprechend einer staatlichen Plankennziffer geplanten Kultur- und Sozialfonds, die aus Kostenbestandteilen und damit auch zu Lasten der anderen Betriebsmittel gebildet wurden, wurde der Verfügungsfond des Generaldirektors entsprechend einem vorgegebenen Limit aus Nettogewinnen gebildet. Vgl. dazu Enzyklopädie der DDR. Personen, Institutionen und Strukturen in Politik, Wirtschaft, Justiz, Wissenschaft und Kultur, Digitale Bibliothek Bd. 32, Berlin 2000, S. 2371–2376.

## 2. Klassifizierung der ausländischen Arbeitskräfte

Bei der Betrachtung der Quellen aus den Betrieben wird deutlich, dass die ausländischen Arbeitskräfte in der DDR, Polen und der Tschechoslowakei in unterschiedliche Kategorien eingeteilt wurden, die für diesen Beitrag übernommen werden. Obgleich es Sonderfälle gab, die von diesem Schema abwichen, lassen sich auf Grundlage der Quellen aus den Unternehmensarchiven folgende Kategorien von ausländischen Arbeitskräften unterscheiden: Pendler, Kontraktarbeiter, Vertragsarbeiter, politische Emigranten. Darüber hinaus führe ich eine fünfte, zusätzliche Kategorie ein – die ethnischen und nationalen Minderheiten. Obwohl letztere keine ausländischen Arbeitskräfte im engeren Sinne darstellten und in der offiziellen zeitgenössischen Klassifizierung nicht vorkommen, wurden diese Arbeiter auf Grund ihrer in der Mehrheitsgesellschaft unbekannteren Kultur und ihrer „fremden“ Sitten oder auf Grund geschichtlicher Vorurteile oft so behandelt, als kämen sie aus dem Ausland.

### 2.1 Pendler

Pendler waren diejenigen Arbeitskräfte, die täglich die Grenze des Gastlandes überquerten. Sie lebten weiterhin in ihrem Land und gingen jeden Tag zur Arbeit in das Nachbarland. Wegen der zu überwindenden Entfernung zwischen Wohnort und Arbeitsplatz war diese Möglichkeit des Einsatzes ausländischer Arbeitskräfte auf die Grenzregionen im Umkreis von bis zu 80 Kilometern beschränkt. Tatsächlich gab es ab Ende der sechziger Jahre viele Beispiele dieser Art der Beschäftigung in den RGW-Ländern. Aber bereits direkt nach 1945 wurde in der SBZ und später in der DDR in vielen Grenzregionen an diese Möglichkeit angeknüpft. In den Grenzregionen zu den westlichen Besatzungszonen, besonders in den von industrieller Produktion geprägten Teilen Thüringens und Westsachsens war man traditionell auf den Arbeitskräftezustrom aus dem bayrischen Gebiet Oberfranken, das zur amerikanischen Besatzungszone gehörte, angewiesen. Daher gab es für diese Region bis zum Bau der Berliner Mauer im Jahre 1961 verschiedene Sonderregelungen, die den Einsatz von Pendlern aus den Westzonen und später der Bundesrepublik Deutschland ermöglichten.<sup>5</sup> Das bedeutete nicht nur das tägliche Pendeln von Arbeitern aus dem Westen in die Betriebe der „Zone“, sondern auch, dass diese mit den so mühsam aus den Exporten nach Westdeutschland erwirtschafteten Westmark entlohnt werden mussten. Nach dem Bau des „antifaschistischen Schutzwalls“ wurde diese Möglichkeit jedoch obsolet.

In den sechziger Jahren wurde im Rahmen der Industrialisierung der DDR-Bezirke entlang der „Oder-Neiße-Linie“ besonders in den neu entstandenen Betrieben verstärkt die Möglichkeit der Beschäftigung ausländischer Pendler zur Sicherstellung des notwendigen Arbeitskräftepotentials genutzt.<sup>6</sup> Die polnischen Pendler, die vorwiegend Frauen waren,

---

5 Vgl. Peter E. Fässler, „Diversanten“ oder „Aktivisten“? Westarbeiter in der DDR (1949–1961), in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 49 (2001), H. 4, S. 613–642.

6 Vgl. Axel Gayko, Investitions- und Standortpolitik der DDR an der Oder-Neiße-Grenze 1950–1970, Frankfurt/M. 2000, S. 169ff.

stammten meist aus den westlichen Woiwodschaften:<sup>7</sup> Arbeitskräfte aus Zielona Góra [Grünberg] und Wrocław [Breslau] pendelten täglich in die Betriebe der DDR. Da in den westlichen Woiwodschaften Polens – und vor allem unter den Frauen – die Arbeitslosenquote hoch war, nutzten vorwiegend weibliche Arbeitskräfte die Möglichkeit der Arbeitsaufnahme in den grenznahen Betrieben der DDR. Ab März 1966 arbeiteten polnische Arbeiterinnen im Chemiefaserwerk Guben und im Halbleiterwerk Frankfurt/Oder, aber auch im ostsächsischen Görlitzer Kondensatorenwerk.

Der Einsatz der Pendler wurde auf zwischenstaatlicher Ebene vertraglich geregelt. Das Ministerium für Außenwirtschaft in der DDR definierte dabei die polnischen Pendler als: „Werk tätige, die in sozialistischen Betrieben der DDR tätig sind, Einkünfte in Mark der DDR erhalten und die Grenze täglich überschreiten.“<sup>8</sup> Polnische Pendler wurden in der DDR auf der Grundlage eines Staatsvertrages von 1957 und einer Empfehlung des 1960 gebildeten deutsch-polnischen Wirtschaftsausschusses sowie auf Grund des polnischen Staatsprogramms zur Aktivierung der Grenzkreise insbesondere in der Woiwodschaft Zielona Góra eingesetzt. Im Jahr 1965 wurde ein Abkommen über die Zusammenarbeit zwischen den polnischen Kreisen und den Grenzbezirken in der DDR geschlossen.<sup>9</sup> Ein Beispiel der grenznahen Kooperation, das auch für den Einsatz der polnischen Pendler von Bedeutung war, stellt die Industriekooperation zwischen der DDR und Polen auf dem Gebiet der Produktion von Papierkondensatoren in Görlitz und Zgorzelec dar. Beide Städte lagen nicht nur in einer Grenzregion, sondern bildeten eine geteilte Stadt, die vor dem Zweiten Weltkrieg einmal einen städtischen Gesamtzusammenhang dargestellt hatte. Die Teilung der Stadt nach 1945 brachte eine Reihe von Problemen mit sich. Auch der Wirtschaft, und hier vor allem der kommunalen Wirtschaft, fehlte plötzlich das ökonomisch bedeutsame Umland samt den Arbeitskräften, Rohstoffen und anderen Ressourcen. Die Probleme dieser Region potenzierten sich, weil die einstigen Wirtschaftskreisläufe zerstört waren.<sup>10</sup> Im Rahmen der

- 
- 7 Woiwodschaften, d.h. „Verwaltungsbezirke“, sind bis heute Bestandteile der Administrationsgliederung in Polen. Von der Zwischenkriegszeit zur Zeit der Zweiten Republik bis 1975 gab es 17 Woiwodschaften. Nach der Verwaltungsreform von 1975 wurden 49 Woiwodschaften geschaffen. Heute gibt es wieder 16 Woiwodschaften in Polen.
  - 8 Unternehmensarchiv Eisenhüttenkombinat Ost [UA EKO], Volkseigener Betrieb Bandstahlkombinat „Herman Matern“ [VEB BKE], Akte Nr. A 1744, Information über die Vereinbarung vom 10.5.1973 zwischen dem Minister für Außenwirtschaft der DDR und dem Minister für Außenhandel der Volksrepublik Polen über Zollvergünstigungen für Bürger beider Staaten, die auf dem Gebiet des einen Staates wohnen und auf dem Gebiet des anderen Staates arbeiten oder studieren, S. 1a.
  - 9 Jajeśniak-Quast/Stokłosa, *Geteilte Städte*, S. 155.
  - 10 Zur Problematik der geteilten Städte in Europa vgl. Helga Schultz (Hg.), *Stadt-Grenze-Fluss. Europäische Doppelstädte*, Berlin 2005; Dagmara Jajeśniak-Quast, *Geteilte Städte an Oder und Neiße. Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft*, in: *Neues Lausitzisches Magazin. Zeitschrift der Oberlausitzischen Gesellschaft der Wissenschaften zu Görlitz e.V.*, Neue Folge, Bd. 5/6, 2002/2003, S. 129–140; Katarzyna Stokłosa, *Grenzstädte in Ostmitteleuropa. Guben und Gubin 1945 bis 1995*, Berlin 2003; Helga Schultz (unter Mitarbeit von Katarzyna Stokłosa und Dagmara Jajeśniak-Quast), *Twin Towns on the Border as Laboratories of European Integration. Arbeitsberichte/Discussion Papers des Frankfurter Instituts für Transformationsstudien 4/2002*, Frankfurt/O. 2002; Dagmara Jajeśniak-Quast/Katarzyna Stokłosa, *Geteilte Städte an Oder und Neiße – Schicksal und Aufgabe*, in: *Internationale Bauausstellung (IBA)/Fürst-Pückler-Land GmbH (Hg.), Deutsch-Polnische und andere Grenzstädte – Die Grenze als Chance, Dokumentation zur Konferenz in Guben-Gubin, Frankfurt/Oder–Ślubiice vom 19.–21.10.2000*, Zwickau 2001 S. 18–23; Dagmara Jajeśniak-Quast, *Kommunalwirtschaftliche Kooperation geteilter*

Industriekooperation zwischen der DDR und Polen auf dem Gebiet der Produktion von Papierkondensatoren für den Bedarf der DDR verpflichtete sich die polnische Seite in der Stadt Zgorzelec, die Produktion von Rohwickeln für das VEB Kondensatorenwerk Görlitz mit den von der deutschen Seite gelieferten Materialien zu gewährleisten.<sup>11</sup> Die polnische Seite stellte für die Durchführung dieser Art Produktion die erforderlichen Kapazitäten vor allem in Form von Arbeitskräften sowie der notwendigen Energie zur Verfügung. Die polnischen Arbeitskräfte sollten im VEB Kondensatorenwerk Görlitz geschult werden und konnten im gleichen Betrieb bis zum Zeitpunkt des Beginns der Kooperationsarbeiten zum Zweck der Einarbeitung beschäftigt werden. Die deutsche Seite stellte die für die Produktion notwendigen Maschinen und Anlagen sowie die erforderlichen technischen Dokumentationen zur Verfügung. Auch die Reparatur dieser Maschinen und Anlagen sollte durch die DDR sichergestellt werden. Darüber hinaus wurde festgelegt, dass die der polnischen Seite übergebenen Dokumentationen sowie Maschinen und Anlagen Eigentum der DDR bleiben sollten.

Diesen Vereinbarungen folgten die Rahmenproduktionsvereinbarungen zwischen dem VEB Kondensatorenwerk Görlitz und der Powiatowa Spółdzielnia Pracy Usług Wielobranżowych [Kreisarbeitsgenossenschaft für Mehrbranchendienstleistungen] in Zgorzelec über die gegenseitigen Leistungen und Verpflichtungen im Bereich der Produktion.<sup>12</sup> Diese Art der Kooperation war vor allem auf Grund der Beschäftigungspolitik für die unterentwickelten Westregionen Polens von großem Vorteil. Dank dieses Vertrages konnte im Bereich der versteckten Arbeitslosigkeit, von der vor allem Frauen betroffen waren, gegengesteuert werden. Parallel zu dieser Kooperation wurde der polnischen Seite die Möglichkeit der Beschäftigung polnischer Arbeitskräfte im Grenzgebiet der DDR eingeräumt. Die Vereinbarung zwischen dem Staatlichen Amt für Arbeit und Löhne der DDR und dem Komitee für Arbeit und Löhne der VR Polen über die Grundsätze der Beschäftigung polnischer Werktätiger aus den Grenzbezirken Polens in Betrieben der Grenzbezirke der DDR wurde am 17. März 1966 unterzeichnet.<sup>13</sup> Der Höchststand bei den polnischen Pendlern und Pendlerinnen wurde in der DDR in den achtziger Jahren erreicht. Zu dieser Zeit arbeiteten zum Beispiel im Gubener Chemiefaserwerk 1.200 polnische Pendler und etwa 800 „Vertragsarbeiter“ aus Vietnam, Mosambik und Kuba.<sup>14</sup> Unmittelbar nach dem Abschluss der ersten Kooperation zwischen Görlitz und Zgorzelec unterbreitete die polnische Seite weitere Vorschläge, um Industrieobjekte im polnischen Grenzgebiet für die weitere Industriekooperation zu nutzen. Bereits auf der VII. Tagung des Deutsch-Polnischen Wirtschaftsausschusses übermittelte die

---

Städte an Oder und Neiße, in: Helga Schultz (Hg.), Grenzen im Ostblock und ihre Überwindung, Berlin 2001, S. 275–296; Jajeśniak-Quast/Stokłosa, Geteilte Städte.

11 UA EKO Stahl, VEB BKE, Akte Nr. A 1274, Protokoll über die Festlegung der Prinzipien und Verfahrensweise der Realisierung der Industriekooperation zwischen der DDR und der VR Polen auf dem Gebiet der Produktion von Papierkondensatoren (Görlitz-Zgorzelec) vom 18. Februar 1966, Anlage 5 zum Protokoll der VII. Tagung des Deutsch-Polnischen Wirtschaftsausschusses, S. 218ff.

12 Ebd., S. 231f.

13 Ebd., S. 225; vgl. auch Gayko, Investitions- und Standortpolitik, S 178.

14 Mario Quast, Guben im Transformationsprozess unter besonderer Berücksichtigung der historischen Entwicklung, ökonomischer und sozialer Rahmenbedingungen sowie der grenzüberschreitenden Kooperation, Diplomarbeit am Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeographie von Herrn Prof. Dr. Stefan Krätke, Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder, Fakultät der Kulturwissenschaften, Sommersemester 2000, S. 55.

polnische Seite ihren Standpunkt zur Kooperation mit der Firma ASCOTA, die u.a. Fotoapparate sowie Kompressoren für Haushaltskühlschränke produzierte.<sup>15</sup>

Eine andere Region im RGW, die von der Möglichkeit des Einsatzes der Pendler besonders starken Gebrauch machte, war die nördliche Grenzregion der Tschechoslowakei. Ein Beispiel ist hier die Zusammenarbeit der polnischen Woiwodschaft Katowice mit dem tschechoslowakischen Bezirk Nordmähren [Kraj Severomorava].<sup>16</sup> Die Nachbarschaft beider Regionen, wo der größte Teil der Hüttenindustrie dieser Länder konzentriert und eine ähnliche Rohstoffbasis vorhanden war, bildete eine gute Voraussetzung für eine fruchtbare Zusammenarbeit auf wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Ebene. In der Literatur zum Thema wird vor allem der Einsatz polnischer Bergleute in den tschechoslowakischen Bergwerken hervorgehoben. Diese Tradition wird bis heute fortgesetzt, und viele mittlerweile „überflüssig“ gewordene Bergarbeiter aus Oberschlesien haben im Rahmen des aktuellen Transformationsprozesses eine Beschäftigung in Tschechien gefunden. Eine andere bedeutende Branche war vor allem die Leichtindustrie. Insbesondere polnische Pendlerinnen und andere Vertragsarbeiter aus den sozialistischen Ländern fanden in den sechziger und siebziger Jahren häufig eine Beschäftigung in den Textilfabriken der Tschechoslowakei.

## 2.2 Kontraktarbeiter

Als Kontraktarbeiter wurden die Arbeitskräfte ausländischer Firmen bezeichnet, die als Subunternehmer bzw. Auftragnehmer in den Betrieben der DDR tätig waren. Sie waren nach wie vor Angestellte bzw. Arbeiter der ausländischen Firmen, und nur für einen begrenzten Zeitraum wohnten und arbeiteten sie in den Betrieben der DDR. So waren zum Beispiel die polnischen Arbeiter und Ingenieure der Baufirmen Budimex oder Hydrobudowa, die in Jänschwalde-Ost am Aufbau des Braunkohlekraftwerkes beteiligt waren, Kontraktarbeiter. Ähnlich wie im Falle der Pendler regelten bilaterale Abkommen zwischen den beiden Staaten den Status der Kontraktarbeiter. Das Ministerium für Außenwirtschaft der DDR definierte die polnischen Kontraktarbeiter als:

„Werkstätige, die in sozialistischen Betrieben und Einrichtungen der VR Polen tätig sind, die in der DDR auf der Grundlage zwischenstaatlicher Vereinbarungen Aufträge ausführen, zeitweilig ihren Wohnsitz in der DDR genommen haben und Einkünfte in Mark der DDR erhalten“.<sup>17</sup>

15 UA EKO Stahl, VEB BKE, Akte Nr. A 1274, Protokoll über die Festlegung der Prinzipien und Verfahrensweise der Realisierung der Industriekooperation zwischen der DDR und der VR Polen auf dem Gebiet der Produktion von Papierkondensatoren (Görlitz-Zgorzelec) vom 18.2.1966, Anlage 5 zum Protokoll der VII. Tagung des Deutsch-Polnischen Wirtschaftsausschusses, S. 223.

16 Podnikový archiv Nová Huť Ostrava – Kuničice [Unternehmensarchiv Neue Hütte in Ostrava – Kuničice] [PA NH], II NHKG, Přímá spolupráce s PLP a protokol o spolupráci mezi kraji Katowice a Severomoravského v oboru hutnictví, Rok 1962/1963 [Direkte Zusammenarbeit mit der Volksrepublik Polen und Protokoll über die Zusammenarbeit zwischen dem Kreis Katowice und Nordmähren im Bereich des Hüttenwesens, Jahr 1962/1963], Inv. Číslo [Inventarnummer] 2, Číslo kartonu [Kartonnummer] 2.

17 UA EKO, VEB BKE, Akte Nr. A 1744, Information über die Vereinbarung vom 10.5.1973 zwischen dem Minister für Außenwirtschaft der DDR und dem Minister für Außenhandel der Volksrepublik Polen über Zollvergünstigungen für Bürger beider Staaten, die auf dem Gebiet des einen Staates wohnen und auf dem Gebiet des anderen Staates arbeiten oder studieren.

Im Eisenhüttenstädter Eisenhüttenkombinat Ost (EKO) wurden zeitweise auch polnische Firmen eingesetzt. Die Mitarbeiter dieser Firmen wurden als Kontraktarbeiter bezeichnet. Besonders für die siebziger Jahre gibt es Beispiele für diese Form der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte im EKO, auch wenn diese Zahlen sehr überschaubar sind. Anfang der siebziger Jahre arbeitete eine jugoslawische Firma im EKO. Für diese Arbeiter wurden in Eisenhüttenstadt zwei Bettenhäuser errichtet.<sup>18</sup> 1973 wurden im Rahmen der Messe in Posen Verhandlungen mit der polnischen Firma Centrozap über den Ausbau des EKO geführt. Dabei ging es um die Gewinnung polnischer Spezialisten, um – gegenüber dem Einsatz von Arbeitskräften des jugoslawischen Partners – eine Senkung der Investitionskosten zu erzielen. Doch nicht nur die DDR war stark daran interessiert, die kostengünstigeren Arbeitskräfte aus Polen zu gewinnen, auch Polen hatte Interesse daran, kurzfristig Arbeitskräfte im EKO zum Einsatz zu bringen, weil viele Baustellen, auf denen – wie zum Beispiel in Magdeburg – polnische Spezialisten eingesetzt waren, zu dieser Zeit ausliefen.<sup>19</sup> Sollte dieser Vertrag zustande kommen, beabsichtigte die polnische Firma, ab September 1973 etwa 80 Arbeitskräfte in das EKO zu entsenden. Deren Einsatz war sowohl an kompletten Objekten als auch in einzelnen Brigaden möglich. Tatsächlich wurde im Juni 1973 in Posen zwischen dem Außenhandelsbetrieb (AHB) Industrieanlagen-Import Berlin und der Außenhandelszentrale Centrozap Katowice ein Vertrag unterzeichnet, wonach die polnische Firma verschiedene Investitionsvorhaben im EKO durchführen sollte.<sup>20</sup> Die Grundvoraussetzung für das Zustandekommen des Vertrages war allerdings die Forderung der polnischen Seite, die Unterbringung der polnischen Arbeitskräfte in Arbeiterwohnhotels unter gleichen Bedingungen wie für die deutschen Arbeiter zu sichern. War diese Voraussetzung nicht gegeben, sollte die Vereinbarung hinfällig sein.<sup>21</sup>

### 2.3 Ausländische Vertragsarbeiter – „Gastarbeiter“

Die ausländischen Vertragsarbeiter kann man mit dem vorwiegend in der Bundesrepublik Deutschland etablierten Begriff der „Gastarbeiter“ am ehesten charakterisieren, obwohl sich diese Arbeitskräfte bezüglich ihrer Herkunft und der Rahmenbedingungen ihres Einsatzes natürlich stark von den westdeutschen „Gastarbeitern“ unterschieden. In den sozialistischen Großbetrieben waren die Arbeitskräfte, die meistens aus den sozialistischen Entwicklungsländern (Vietnam, Kuba, Mozambique) kamen und in den Großbetrieben der DDR oder der Tschechoslowakei eingesetzt wurden. In den Grenzbezirken der DDR wurden die Vertragsarbeiter wie im Chemiefaserwerk in Guben meistens dann eingesetzt, wenn sich die Pendlerreserven auf den Arbeitsmärkten erschöpften.<sup>22</sup> So nahmen im Gubener Chemiefaserwerk ab

---

18 UA EKO, VEB BKE, Akte Nr. A 996, Brief des Generaldirektors vom EKO, Markowitsch, an das Ministerium für Erzbergbau, Metallurgie und Kali über den Import jugoslawischer Bauleistungen im Austausch gegen metallurgische Erzeugnisse des BKE vom 12. Dezember 1972, S. 59f.

19 UA EKO, VEB BKE, Akte Nr. A 996, Reisebericht zum Thema Informationsbesuch zur Messe in Poznań vom 26.5.1973, verfasst von Scherzer, Direktor für Investitionen im EKO, S. 31.

20 UA EKO, VEB BKE, Akte Nr. A 996, Protokoll zum Vertrag vom November 1972 zwischen den AHB Industrieanlagen-Import Berlin und AHZ Centrozap Katowice vom 15. Juni 1973, S. 37.

21 Ebd., S. 32.

22 Gayko, Investitions- und Standortpolitik, S. 198.

Dezember 1978 die ersten Kubaner ihre Arbeit auf. In einer 18-monatigen Ausbildung wurden die Vertragsarbeiter mit den Prozessen in der Chemieindustrie vertraut gemacht. Im Jahr 1981 nahmen dann 500 Vietnamesen eine Ausbildung zum Chemiefaser- und Textilfaser-facharbeiter auf.

Auch hier regelten die beteiligten Staaten die Pflichten und Rechte der Vertragsarbeiter. Das Ministerium für Außenwirtschaft in der DDR definierte diese Arbeitskräfte als: „Werktätige, die in sozialistischen Betrieben der DDR tätig sind, Einkünfte in Mark der DDR erhalten und die Grenze periodisch überschreiten.“<sup>23</sup>

## 2.4 Politische Emigranten

In den sozialistischen Großbetrieben wurden auch politische Emigranten eingesetzt. Sie waren vorwiegend Mitglieder kommunistischer Parteien, zum Beispiel aus Griechenland, teilweise aber auch aus Westdeutschland. Diese Gruppe wurde nicht in einem solch großen Ausmaß wie die Pendler oder Vertragsarbeiter in den Betrieben eingesetzt, dennoch ist ihre Bedeutung nicht zu unterschätzen. Spätestens ab September 1948 wurden Griechen in polnischen Großbetrieben oder auf den Baustellen im Entstehen begriffener Großkombinate wie z.B. des Hüttenwerkes im polnischen Nowa Huta eingesetzt. Die griechischen Emigranten waren vor allem Kommunisten, die ihr Land nach dem Bürgerkrieg (1946–1949) aus Angst vor den Repressionen der durch die USA unterstützten monarchistischen Regierung verließen. In den Jahren 1948/1949 verließen ca. 60.000 Menschen Griechenland, um sich vor allem in den RGW-Ländern vorübergehend oder dauerhaft niederzulassen. Allein Polen nahm auf der Grundlage der Gewährung politischen Asyls in der Zeit von September 1948 bis Dezember 1951 über 14.500 Personen auf. Davon waren aber nur ca. die Hälfte Griechen, den Rest bildeten vorwiegend Makedonier. Über 96 Prozent dieser Gruppe waren Menschen, die aus den ländlichen Regionen Griechenlands stammten.<sup>24</sup> Am Anfang wohnten die Kinder und Erwachsenen getrennt und isoliert von der polnischen Bevölkerung, bis sie sich allmählich fast gänzlich integrierten.<sup>25</sup>

Für die DDR sind einzelne Fälle von Westdeutschen dokumentiert, die aus politischen Motiven in den „Arbeiter- und Bauernstaat“ umsiedelten. Diese Gruppe ist auch im EKO vertreten. Die genaue Zahl dieser Arbeiter lässt sich jedoch ebenso schwer feststellen wie die exakten Gründe für ihre Umsiedlung in die DDR. Oft waren sie einfach von dem dort realisierten neuen Gesellschaftssystem überzeugt und/oder vom Leben in Westdeutschland enttäuscht, wie ein Brief an das Innenministerium der DDR zeigt, den ein Westdeutscher verfasst hatte, der sich in der DDR niederlassen wollte:

---

23 UA EKO, VEB BKE, Akte Nr. A 1744, Information über die Vereinbarung vom 10.5.1973 zwischen dem Minister für Außenwirtschaft der DDR und dem Minister für Außenhandel der Volksrepublik Polen über Zollvergünstigungen für Bürger beider Staaten, die auf dem Gebiet des einen Staates wohnen und auf dem Gebiet des anderen Staates arbeiten oder studieren.

24 Kazimierz Puđło, Uchodźcy polityczni z Grecji w Polsce [Politische Emigranten aus Griechenland in Polen] (1948–1995), in: Zbigniew Kurcz (Hg.), *Miniejszości narodowe w Polsce* [Nationale Minderheiten in Polen], Wydawnictwo Uniwersytetu Wrocławskiego, Wrocław 1997, S. 149–152, hier: S. 149.

25 Zur Zeit gibt es ca. 4.000 Personen mit griechischer Abstammung in Polen.

„Da ich nicht EWG-Söldner der amerikanischen und deutschen Monopolkapitalisten werden will, bitte ich die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik um die Zuzugsgenehmigung in das Gebiet der DDR. Ich bin, weil ich an dem Deutschlandstreifen 1950 in Berlin teilgenommen habe, nach achtwöchiger Lehrzeit entlassen worden und konnte seitdem keine Lehrstelle mehr erhalten. Ich habe den Wunsch, in einer Eisengießerei oder am Hochofen, am liebsten im VEB Eisenhüttenkombinat Ost, für ein noch besseres Leben der Bevölkerung der DDR mitzuhelfen.“<sup>26</sup>

Darüber hinaus wurden aber auch die DDR-Bürger, die durch einen Fluchtversuch in den Westen Deutschlands auffällig geworden waren, in dieser Gruppe als politische Emigranten zusammengefasst und in den Betrieben besonders überwacht. In der Lektüre der Betriebsunterlagen vom EKO kann man den Unterschied in der Behandlung zwischen den „echten“ politischen Emigranten und den „Republikflüchtlingen“ häufig kaum feststellen. Diejenigen in die DDR zurückgekehrten Belegschaftsmitglieder, die in den Westen geflohen waren, aber entweder dem Druck der Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit auf ihre in der DDR verbliebene Familie nicht standgehalten hatten oder sich vom Westen enttäuscht zeigten, wurden im Unterschied zu den „echten“, aus der Bundesrepublik zugezogenen Westdeutschen in den Protokollen zwar nicht als „politische Emigranten“, sondern meistens als „Haftentlassene, Rückkehrer und Zuzügler“ bezeichnet, aber wie die politischen Emigranten behandelt.<sup>27</sup>

## 2.5 Ethnische und nationale Minderheiten

Neben den bereits genannten Gruppen gab es Arbeitskräfte in den Betrieben, die nicht aus dem Ausland kamen und nicht unter die offizielle Klassifizierung fallen, aber auch nicht als integrierte Landsleute betrachtet wurden. Es handelte sich um die ethnischen und nationalen Minderheiten. Das trifft z.B. auf die Roma in Nowa Huta in Polen und in Kunčice und anderen Großbetrieben in der Region um Ostrau in der Tschechoslowakei zu, gilt aber auch für die so genannten „Autochthonen“ wie die Deutschen im oberschlesischen Bergbau bzw. die slowakischen Ungarn in Kunčice. Besonders in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg findet man diese Gruppe in den Betrieben bzw. auf den Baustellen der neuen sozialistischen Großbetriebe wieder. Fast immer wurden diese Arbeiter, um deren Integration man sich von offizieller Seite mehr oder weniger bemüht zeigte, als ein Problem angesehen. Mit der Zeit jedoch tauchte dieses „Problem“ immer weniger in den Akten auf, denn entweder verließen diese Arbeiter das Land, wie im Fall der oberschlesischen Deutschen, die entweder in die Sowjetunion deportiert wurden<sup>28</sup> oder nach Deutschland ausreisten, oder sie galten als integriert, wie z.B. die Roma in Nowa Huta.

26 UA EKO, VEB BKE, Akte Nr. A 612, Brief von Günter Biere an das Innenministerium der DDR vom 16.4.1954, S. 252.

27 Vgl. u.a. UA EKO, VEB BKE, Akte Nr. A 882, Übersicht über die Arbeit mit den Haftentlassenen, Rückkehrern und Zuzüglern im Eisenhüttenkombinat Ost und BMK/Ost auf dem Gelände des Eisenhüttenkombinates vom 28.7.1965, S. 41.

28 Die Deportation der Bergleute aus Oberschlesien in die UdSSR begann schon im Januar 1945. Dabei machte die sowjetische Administration in Polen oft keinen Unterschied zwischen den polnischen und deutschen Oberschlesiern. Alle Bergleute im Alter von 17 bis 50 Jahren wurden aufgerufen, nach den

### 3. Unterschiedliche Behandlung

Trotz der propagierten Gleichheit und „proletarischen Internationalität“ im Sozialismus, den schon der offizielle Titel „Deutsch-Polnisch-Vietnamesisches Belegschaftsaktiv“ im Gubener Chemiefaserwerk zu verkünden schien, wurden die ausländischen Arbeiter bzw. die ethnischen Minderheiten in den Werken je nach ihrer Herkunft unterschiedlich behandelt. Nicht immer war die Integration der ausländischen Arbeitskräfte bzw. der nach dem Krieg verbleibenden „Autochthonen“ tatsächlich gewollt. Die kommunistische Propaganda gegen die Deutschen in Oberschlesien ist ein Extrembeispiel für diese Politik der Ausgrenzung.<sup>29</sup> Nicht selten wurden die verbliebenen deutschen Bergarbeiter in Oberschlesien als „faschistische Saboteure“ angesehen.<sup>30</sup> Auch die gezielte konzentrierte Unterbringung der „Gastarbeiter“ wie der Kubaner, Vietnamesen und Mozambiquaner im Gubener Neubauviertel mit geregelten Besuchszeiten etc. legt Zeugnis von dieser Segregationspolitik ab. Oft waren es aber die Entsendeländer, die diese diskriminierenden Regelungen verantworteten. Auf der Grundlage dieser internen Regelungen des jeweiligen Entsendelandes wurden die „Gastarbeiter“ gegenüber den anderen Arbeitskräften oft benachteiligt. Beispiele dafür sind die Abschiebung von Frauen wegen Schwangerschaft im Fall der Vietnamesen oder das Verbot des Einführens von Konsumartikeln aus der DDR nach Kuba.

Dagegen wurden die Kontraktarbeiter bevorzugt behandelt, wie man anhand der Akten deutlich sieht. Vor allem die ausländischen Spezialisten wurden im Vergleich zu anderen ausländischen Arbeitskräften privilegiert behandelt. Zum Beispiel konnten die Kontraktarbeiter in der DDR im Unterschied zu Vertragsarbeitern ihre Wohnung relativ frei wählen, und die sowjetischen Spezialisten in den Eisen- und Stahlwerken der DDR genossen eine Sonderstellung. Die Gruppe der Kontraktarbeiter in der DDR wohnte als einzige unter den ausländischen Arbeitskräften vorwiegend in den üblichen Wohnhäusern und mitten „unter den Deutschen“, nicht selten mit der ganzen Familie. Sie besaßen allerdings nur einen befristeten Arbeitsvertrag.<sup>31</sup>

---

Kriegshandlungen Aufräumarbeiten zu verrichten. Zu diesem Zweck sollten Verpflegung und Kleidung für zwei Wochen eingeplant werden. In Wirklichkeit wurden sie aber in die Sowjetunion verschleppt. Im Fall der Missachtung drohte das Kriegsgericht. Siehe dazu: Sylwester Fretacz, *Deportacje mieszkańców Górnego Śląska do ZSSR w 1945 roku* [Deportation der Bevölkerung von Oberschlesien in die UdSSR im Jahre 1945], in: Stanisław Łach (Hg.), *Władze komunistyczne wobec Ziemi Odzyskanych po II Wojnie Światowej* [Die kommunistische Regierung in den wiedergewonnenen Gebieten nach dem Zweiten Weltkrieg], Słupsk 1997, S. 245 sowie Józef Bańczol, *Internowanie i zsyłka* [Internierung und Deportation], in: Jan Drabina (Hg.), *Ofiary Stalinizmu na Ziemi Bytomskiej* [Opfer des Stalinismus im Bytom-Gebiet], Bytom 1993, S. 67.

29 Berend Linek, „Odnieczanie“ województwa Śląskiego w latach 1945–1950 [„Entgermanisierung“ der Wojewodschaft Schlesien in den Jahren 1945–1950], Opole 1997, S. 29ff.

30 Ingo Esner/Jerzy Kochanowski, Niemcy na Górnym Śląsku [Deutsche in Oberschlesien], in: Włodzimir Borodziej/Hans Lemberg (Hg.), *Niemcy w Polsce 1945–1950. Wybór dokumentów*, Tom II. Polska Centralny [Deutsche in Polen 1945–1950. Dokumentenauswahl, Bd. II. Zentralpolen], Warszawa 2000, S. 316.

31 Quast, Guben im Transformationsprozess, S. 52.

### 3.1 Sonderfall „Pendler“

Wieder andere Regelungen galten für die Pendler. Man kann feststellen, dass Pendler, wie z.B. die polnischen Arbeiterinnen in den Grenzbezirken der DDR, einen Sonderstatus genossen. Der Anteil der polnischen Pendlerinnen an den Produktionsarbeiterinnen in den Werken von Frankfurt/Oder und Guben war bereits ein Jahr nach dem Vertragsabschluss im Jahre 1967 mit über 20 Prozent sehr hoch und stieg im Chemiefaserwerk Guben bis auf über 40 Prozent im Jahre 1970. Dieser große Anteil an ausländischen Arbeitskräften in der DDR ist ein Sonderfall der Grenzbezirke. In einigen Abteilungen der Großbetriebe bildeten diese sogar die Mehrheit der Belegschaft. Im Halbleiterwerk in Frankfurt/Oder überwogen in der Abteilung Hochfrequenztransistoren schon Mitte 1969 die polnischen Pendlerinnen. Dabei muss betont werden, dass die polnischen Pendlerinnen den deutschen Arbeitern hinsichtlich der arbeitsvertraglichen Konditionen, vor allem der Lohngruppen, Leistungsnormen, Urlaub, Sanktionen bei Fehlschichten usw. gleichgestellt wurden. Sie besaßen darüber hinaus einen unbefristeten Arbeitsvertrag. Damit war der Fall der polnischen Pendlerinnen ein Sonderfall der Ausländerbeschäftigung in der DDR. Anders als diejenigen Beschäftigten, die im Auftrag ausländischer Firmen als Bauleute und Spezialisten (Kontraktarbeiter) bzw. im Rahmen von Entwicklungshilfeprojekten als Auszubildende zeitweilig in der DDR (Vertragsarbeiter) tätig waren, wurden die Pendlerinnen ohne Qualifikation und industrielle Arbeiterfahrung und sogar ohne zeitliche Befristung als Produktionsarbeiter in DDR-Betrieben eingestellt.<sup>32</sup> Zwar hatte der polnische Staat in der Pendlervereinbarung von 1965 einer Vertragsbindung für nur fünf Jahre zugestimmt, falls Polen diese Arbeitskräfte im Zuge der weiteren Industrialisierung selbst benötigen würde, aber die Vertragsdauer konnte stillschweigend verlängert werden, und so wurde es auch praktiziert. Auf der politischen Ebene trat die DDR immer wieder für die Weiterbeschäftigung der polnischen Pendlerinnen ein und erfüllte die im Laufe der Zeit immer weiter reichenden Forderungen der polnischen Seite vor allem auf dem sozialen Gebiet.<sup>33</sup> Der Einsatz der Pendler aus Polen war für beide Seiten profitabel. Für die DDR ergaben sich bei der Einstellung der polnischen Pendlerinnen wesentliche Vorteile, weil die Bereitstellung von Arbeitskräften aus dem Territorium der DDR einen Investitionsaufwand für Wohnungen, Kinderkrippen und Kindergärten usw. erfordert hätte, der im Falle der polnischen Arbeiterinnen entfiel.

Der Sonderstatus der Pendler wurde auch bei den die Sozialleistungen betreffenden Regelungen deutlich, denn für die polnischen Pendler aus den grenznahen Gebieten und die im Wohnheim lebenden Vertragsarbeiter wurden Unterschiede in den Sozialleistungen eingeführt. Die Pendler und ihre Angehörigen erhielten weiterhin Sach- und Geldleistungen durch die polnische Sozialversicherung. Diese Kosten wurden von der DDR an die Volksrepublik Polen je Arbeitnehmer und Jahr mit einem festen Betrag erstattet. Die Sozialversicherung der DDR gewährte den polnischen Grenzgängern Sachleistungen für die Folgen eines Unfalls oder einer akuten Erkrankung während des Aufenthaltes in der DDR. Darüber hinaus

---

32 Gayko, Investitions- und Standortpolitik, S. 179.

33 Gayko, Investitions- und Standortpolitik, S. 182.

erhielten Pendler im Gegensatz zu den Vertragsarbeitern keinen Sozialversicherungsausweis der DDR.<sup>34</sup>

Für verschiedene Gruppen der ausländischen Arbeitskräfte wurden auch die Regelungen bei der Ausfuhr von Waren aus der DDR unterschiedlich gehandhabt. Besonders nach der Öffnung der Grenze zwischen der DDR und Polen im Januar 1972 erhielten Bürger beider Staaten, die auf der jeweils anderen Seite arbeiteten, Zollvergünstigungen. Doch die Zollvorschriften wurden auch je nach Klassifizierung der ausländischen Arbeitskräfte differenziert ausgelegt. Im Mai 1973 wurde eine Vereinbarung zwischen dem Minister für Außenwirtschaft der DDR und dem Minister für Außenhandel der Volksrepublik Polen „über Zollvergünstigungen für Bürger beider Staaten, die auf dem Gebiet des einen Staates wohnen und auf dem Gebiet des anderen Staates arbeiten oder studieren“ geschlossen.<sup>35</sup> Danach durften die Pendler, die in den Betrieben der Grenzbezirke der DDR arbeiteten, Waren im Wert bis zur vollen Höhe der in Mark der DDR ausgezahlten Einkünfte genehmigungs- und gebührenfrei ausführen.

Die Kontraktarbeiter wurden in den Regelungen über die Ausfuhr der Waren aus der DDR anders als die Pendler behandelt. Die Regelung definierte Kontraktarbeiter als „die Werkstätigen, die in sozialistischen Betrieben und Einrichtungen der Volksrepublik Polen tätig sind, die in der DDR auf der Grundlage zwischenstaatlicher Vereinbarungen Aufträge ausführen, zeitweilig ihren Wohnsitz in der DDR genommen haben und Einkünfte in Mark der DDR erhalten, sowie Werkstätige, die in Einrichtungen der DDR studieren, forschen oder ein Praktikum durchführen, zeitweilig ihren Wohnsitz in der DDR genommen haben und Einkünfte in Mark der DDR erhalten“ und verfügte: „Diese Werkstätigen sind berechtigt, aus dem Gebiet der DDR Gegenstände im Werte bis zu 60 Prozent der in Mark der DDR ausgezahlten Einkünfte genehmigungs- und gebührenfrei auszuführen.“<sup>36</sup>

Für die Vertragsarbeiter galten bezüglich der Warenausfuhr wieder andere Regelungen als für die Pendler oder Kontraktarbeiter. So galt, dass der Wert der von ihnen ausgeführten Waren bis 80 Prozent ihrer in Mark der DDR ausgezahlten Einkünfte betragen durfte.<sup>37</sup>

### 3.2 Die strategische Rolle der politischen Emigranten und westlichen Rückkehrer

Den politischen Emigranten, die in den Werken eine Anstellung fanden, wurde besondere Aufmerksamkeit zuteil, weil die Partei einen negativen Einfluss dieser Gruppe auf die Belegschaft vermutete. Die Emigranten kamen oft aus dem so genannten „kapitalistischen Ausland“; allein ihre Sozialisation galt deshalb schon als hinreichender Grund für Misstrau-

---

34 Ewa Helias, *Polnische Arbeitnehmer in der DDR und der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1992, S. 7.

35 UA EKO, VEB BKE, Akte Nr. A 1744, Information über die Vereinbarung vom 10.5.1973 zwischen dem Minister für Außenwirtschaft der DDR und dem Minister für Außenhandel der Volksrepublik Polen über Zollvergünstigungen für Bürger beider Staaten, die auf dem Gebiet des einen Staates wohnen und auf dem Gebiet des anderen Staates arbeiten oder studieren, S. 1.

36 Ebd., S. 2.

37 Ebd., S. 1a.

en oder Überwachung – wie z.B. anfangs im Falle der griechischen Arbeitskräfte in Nowa Huta. Besonders in der Behandlung der westdeutschen Arbeiter im EKO zeigt sich das ambivalente Verhalten gegenüber den so genannten politischen Emigranten in den sozialistischen Großbetrieben. Im EKO wurden die westdeutschen Arbeiter sogar mit den im Betrieb arbeitenden Häftlingen in einer Kategorie zusammengefasst. Auf Grund des ständigen Arbeitskräftemangels wurden im EKO vor allem in den fünfziger und sechziger Jahren auch die Häftlinge zur Arbeit herangezogen. Obwohl sich die aus Westdeutschland stammenden Arbeiter im Gegensatz zu den Häftlingen auf freiem Fuß befanden, wurden sie neben den Häftlingen als „Haftentlassene, Rückkehrer und Zugezogene“ in einer Kategorie erfasst, erhielten einen Sonderstatus und wurden besonderer Beobachtung unterworfen. Bei dieser Gruppe handelte es sich um Personen, die in irgendeiner Weise mit Westdeutschland in Berührung gekommen waren, sei es durch Fluchtversuch oder durch die Rückkehr bzw. den Zuzug in die DDR. In der DDR-Rhetorik wurden sie, ähnlich wie die Häftlinge, als Problemgruppe betrachtet. Auf jeden Fall sollte diese Gruppe durch die Werksleitung intensiver kontrolliert werden:

„Rückkehrende Republikflüchtlinge sind in unseren Betrieben wieder einzustellen, jedoch besonders gut zu betreuen. Diese Betreuung (erzieherisch und kontrollierend) darf nicht so geartet sein, dass sich der Betreffende, den wir für unsere Gesellschaft wiedergewonnen haben, beobachtet fühlt. Uns liegt mehr daran, dass diejenigen, die ihr fehlerhaftes Verhalten einsehen und nun enttäuscht vom ‚goldenen Westen‘ in unsere Republik zurückkehren, im Betriebsfunk und in der Presse Stellung nehmen, um den anderen Werktätigen aus ihrem eigenen Erleben das System der Ausbeutung und der Kriegsvorbereitungen auf der einen Seite und die demokratischen Errungenschaften und die Erfolge des friedlichen Aufbaus bei uns aufzuzeigen.“<sup>38</sup>

Diese Personen wurden genau registriert und die dabei gewonnenen Daten an das Ministerium für Staatssicherheit und die Volkspolizei weitergeleitet. Darüber hinaus lautete die Empfehlung aus dem Ministerium, eine Konzentration von Republikflüchtlingen und Westdeutschen in einzelnen Betriebsabteilungen nicht zuzulassen. In den Jahren 1956 und 1957 wurden zum Beispiel 37 Personen, die aus Westdeutschland kamen, im EKO eingestellt. Darunter waren 22 Rückkehrer und 15 Zuwanderer.<sup>39</sup> Im Juli 1965 wurden in der Kaderabteilung des EKO 70 Rückkehrer und 56 Zugezogene aus Westdeutschland erfasst. Weiterhin registrierte die Kaderabteilung des EKO 56 Vorbestrafte.<sup>40</sup> Besonders den Zugezogenen aus dem Westen sollte eine Arbeitsaufnahme im EKO ermöglicht werden:

„Werktätige aus Westdeutschland, die zu uns kommen und den Wunsch haben, in der Deutschen Demokratischen Republik zu verbleiben bzw. nach Erledigung ihrer persönlichen Angelegenheiten zu uns kommen, ist die Möglichkeit zu geben, bei uns zu arbeiten. Insbesondere gibt unsere Deutsche Demokratische Republik denjenigen jungen Menschen Asylrecht, die nach der Annahme des Wehrpflichtgesetzes in

38 UA EKO, VEB BKE, Akte Nr. A 226, Brief aus dem Ministerium für Schwerindustrie, vom Leiter der Abteilung Eisenindustrie Friedemann an den Werkdirektor des EKO vom 16.3.1954, S. 448.

39 UA EKO, VEB BKE, Akte Nr. A 226, Aufstellung der aus Westdeutschland gekommenen Kollegen, die im Jahre 1956 und 1957 in unserem Werk eingestellt wurden, S. 27.

40 UA EKO, VEB BKE, Akte Nr. A 882, Übersicht über die Arbeit mit den Haftentlassenen, Rückkehrern und Zuzügen im Eisenhüttenkombinat Ost und BMK/Ost auf dem Gelände des Eisenhüttenkombinates vom 28.7.1965, S. 41.

Westdeutschland bei Ablehnung ihres Gestellungsbefehles zu uns kommen wollen.“<sup>41</sup>

In einer „Übersicht über die Arbeit mit den Haftentlassenen, Rückkehrern und Zuzügen“ im EKO wurden diese Kategorien nebeneinander aufgelistet, was schon einiges über die Art und Weise der Betrachtung dieses aus Westdeutschland stammenden Personenkreises aussagt. In dieser Übersicht hieß es:

„Im Werkverkehr ist weiter zu verzeichnen, dass ein Teil der Rückkehrer und Zuzügler aus Westdeutschland gewillt ist, sich zu qualifizieren. So qualifizierte sich ein Rückkehrer, der 1958 in die Republik kam, zum Techniker, zwei zum Wagenmeister, drei zum Rangierleiter, zwei zum Lokheizer. Es muss aber auch eingeschätzt werden, dass sich die Leiter der Kollektive und die Kollektive selbst mit einem Teil der Zuzüge bzw. Vorbestraften ständig auseinandersetzen müssen, da diese immer wieder in ihrer Arbeit sowie im Wohngebiet Anlass dazu geben. So beschäftigten sich mit dem Koll. Scholz die Leiter sowie die Kollektive mehrere Male mit seinen Auffassungen. Des Weiteren fanden mit diesem Kollegen Aussprachen bei der Abteilung Inneres beim Rat der Stadt sowie beim Rat des Bezirkes statt. Zur Zeit schuldet dieser Kollege 600 MDN Mietschulden und vertritt folgende Meinung: Diese Mietschulden bezahlt er dann, wenn er seinen Ausweisungsschein nach Westdeutschland in der Tasche hat. [...] Zusammenfassend kann gesagt werden, dass zwischen der Abteilung Inneres und den einzelnen Kaderabteilungen eine gute Zusammenarbeit besteht. Jedoch muss die individuelle Arbeit mit diesem Personenkreis in den Kollektiven verstärkt werden.“<sup>42</sup>

Besonders nach den Ereignissen vom 17. Juni 1953 wurde die Kontrolle dieser Arbeitskräfte im EKO verschärft. Im August 1953 erreichte den Werkleiter ein Schreiben aus dem Ministerium für Hüttenwesen und Erzbergbau, in dem der Stellvertreter des Kaderleiters ihn verpflichtete, aus dem Betrieb laufend Mitteilung darüber zu geben, wer wegen Agenten- und Spionagetätigkeit, provokatorischen Verhaltens oder anderer so genannter MACHENSCHAFTEN, die angeblich gegen die DDR gerichtet waren, entlassen wurde.<sup>43</sup>

Die politischen Emigranten aus der Bundesrepublik Deutschland pflegten naturgemäß engen Kontakt mit ihren in Westdeutschland verbliebenen Familien und Freunden und stellten besonders für die Parteiaktivisten im Werk ein Konfliktpotenzial dar. Tatsächlich bereiteten sie den Entscheidungsträgern einige Probleme. Ein Problem blieb z.B. das im Werk oft thematisierte „Westpaket“. Die Arbeiter waren verärgert und zeigten Unverständnis, wenn die für sie bestimmten Sendungen aus Westdeutschland beschlagnahmt wurden. So wurde beispielsweise ein für eine Arbeiterin bestimmtes Päckchen aus Westdeutschland, das die Tante ihres Mannes ihr geschickt hatte, einbehalten, weil bei einer Kontrolle Medikamente entdeckt wurden, die zwischen weißen Bohnen versteckt worden waren. In Reakti-

41 UA EKO, VEB BKE, Akte Nr. A 226, Brief aus dem Ministerium für Schwerindustrie, vom Leiter der Abteilung Eisenindustrie Friedemann an den Werkdirektor des EKO vom 16.3.1954, S. 448a.

42 UA EKO, VEB BKE, Akte Nr. A 882, Übersicht über die Arbeit mit den Haftentlassenen, Rückkehrern und Zuzügen im Eisenhüttenkombinat Ost und BMK/Ost auf dem Gelände des Eisenhüttenkombinates vom 28.7.1965, S. 42. MDN = Mark der Deutschen Notenbank

43 UA EKO, VEB BKE, Akte Nr. A 226, Brief aus dem Ministerium für Hüttenwesen und Erzbergbau, vom Stellvertreter des Kaderleiters Wauer an alle Werkleiter vom 22.8.1953, S. 585.

on auf die Beschlagnahmung der ihr zugedachten Sendung brachte die Frau ihren ganzen Unmut gegenüber der Zollverwaltung zum Ausdruck:

„Ihr Mann ist 1961 aus Westdeutschland in die DDR gekommen, man sagt immer, dass die Übersiedler bei uns vollste Unterstützung bekommen. Ihr Mann hat bisher davon noch nichts gemerkt. Sie wartet schon längere Zeit auf eine Wohnung, aber der Betrieb ihres Mannes, EKO Werkverkehr, bemüht sich erst nach einer Beschwerde, wo sie die Antwort bekamen, dass andere Arbeiter schon 10 Jahre warten würden.“<sup>44</sup>

Zwischen den wenigen Arbeitern aus dem Westen und der Mehrheit aus dem Osten kam es auch hin und wieder zu Konflikten und Unstimmigkeiten, wie eine Aussprache im EKO vom 13. Juni 1961, also kurz vor dem Mauerbau, zeigt. Darin beklagten sich die Arbeiter, die aus dem Westen ins EKO kamen, dass sie bei den Kollegen immer nur „als Lumpen, Strolche und Vagabunden angesehen werden, die nur deshalb hier sind, weil sie entweder nicht arbeiten wollten oder drüben etwas verbochen haben.“<sup>45</sup>

### 3.3 Ethnische und nationale Minderheiten

Betrachtet man diejenigen Arbeiter in den Betrieben, die aus ethnischen bzw. nationalen Minderheiten rekrutiert wurden, dann wird deutlich, dass vor allem diese Arbeitskräfte unter ungleicher Behandlung zu leiden hatten. Mit Blick auf diese Minoritäten bemühten sich die Entscheidungsträger mit der entsprechenden Gesetzgebung einerseits darum, die Integration so schnell wie möglich voranzutreiben, andererseits aber wurde diese Gruppe regelrecht diskriminiert und umfassend schikaniert. In Polen wird diese ambivalente Haltung sehr deutlich. Hier wurde eine besondere Gesetzgebung für die ethnischen Minderheiten verabschiedet, um diese Arbeitskräfte aus „fremden“ Kulturkreisen schnellstmöglich zu integrieren. 1953 beschloss die polnische Regierung eine staatliche Hilfe für die Roma, die einen regulierten und sesshaften Lebensstil pflegen sollten. Im März 1964 wurde mit einer weiteren Verordnung sogar die Zwangsansiedlung der Roma unter dem Motto der „Produktivierung der Roma“ festgelegt.

Ganz anders sah hingegen die „Integration“ der deutschen bzw. schlesischen Bevölkerung in den Bergbaubetrieben in Oberschlesien aus. Die polnische Regierung strebte eine möglichst schnelle Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Oberschlesien an. Zur deutschen Bevölkerung zählte man nicht nur die deutschen Staatsbürger, sondern auch Polen, die die Volksliste unterschrieben hatten, sowie autochthone Schlesier, die zu Deutschen erklärt wurden.<sup>46</sup> Die Überprüfung der Volkszugehörigkeit in Oberschlesien dauerte von

---

44 UA EKO, VEB BKE, Akte Nr. A 149, Protokoll über die mündliche Eingabe der Frau Nowel, Regina, Eisenhüttenstadt vom 1.10.1963, S. 7.

45 UA EKO, VEB BKE, Akte Nr. A 149, Probleme die sich aus der Beratung am 13.6.1961 mit westdeutschen Bürgern, die hier bei uns arbeiten, ergeben haben, S. 110.

46 Jan Walczak, Niemiecka siła robocza w polskim przemyśle węglowym po II Wojnie Światowej [Deutsche Arbeitskräfte in der polnischen Bergbauindustrie nach dem Zweiten Weltkrieg], in: Włodzimierz Jastrzębski (Hg.), *Ludność niemiecka na ziemiach polskich w latach 1939–1945 i jej powojenne losy* [Die deutsche Bevölkerung in den polnischen Gebieten in den Jahren 1939–1945 und ihre Nachkriegsschicksale], S. 74.

Juni 1945 bis Oktober 1946.<sup>47</sup> Sie hatte aber kaum die erhofften Ergebnisse gebracht, denn die Frage der Nationalität war in Oberschlesien schon seit Jahrzehnten eine unlösbare Angelegenheit. Menschen, die in Oberschlesien wohnten, hatten meistens keine festgelegte Nationalidentifikation als Polen oder Deutsche. Sie fühlten sich als Schlesier, und je nach Änderung der politisch-nationalen Machtverhältnisse hatte man ihnen unter Zwang zu verstehen gegeben, sie seien polnisch oder deutsch.<sup>48</sup> Unabhängig von solchen Erwägungen war die Bergbauindustrie jedoch auf jede mögliche Arbeitskraft angewiesen. Auf Grund der Kriegshandlungen und Vertreibungen waren besonders männliche Arbeitskräfte rar. Darüber hinaus waren ca. 20.000 schlesische Bergleute, Deutsche wie Polen, kurz nach dem Einmarsch der Roten Armee Anfang 1945 in die UdSSR deportiert worden.<sup>49</sup> Daher musste man vor allem direkt nach dem Krieg auf die deutschen Bergarbeiter in den neuen polnischen Westgebieten und in Oberschlesien zurückgreifen, um die Kohleförderung überhaupt gewährleisten zu können. Die Zahl dieser Personen, die nach dem Zweiten Weltkrieg unter Zwang in polnischen Betrieben festgehalten wurden, wird für die Anfangszeit auf bis zu ca. 200.000 Menschen geschätzt.<sup>50</sup> Dabei wurden die deutschen Staatsbürger in Arbeitslagern der Bergbauindustrie untergebracht, ohne dass ihr Status geregelt wurde. Unter ihnen befanden sich sowohl Inhaftierte, die während des Krieges Verbrechen gegen das polnische Volk verübt hatten, als auch internierte Deutsche, die auf die Abschiebung nach Deutschland warteten, sowie Kriegsgefangene und Spezialisten, die mehr oder weniger gezwungen wurden, in den Bergwerken zu bleiben. Die Angehörigen der letzten Gruppe, die oft als „freiwillige Arbeitskräfte“ bezeichnet wurden, genossen zwar einige Sonderregelungen, arbeiteten allerdings meist unter Aufsicht und erhielten nur vergleichsweise dürftige Essensrationen.<sup>51</sup> Die Deutschen waren von Führungspositionen innerhalb der Werke ausgeschlossen. Sie hatten kein aktives oder passives Wahlrecht für die Betriebsräte. Des Weiteren mussten sie 25 Prozent ihres Gehaltes bzw. Lohnes als Beitrag zum Wiederaufbau Polens abgeben. Im Fall einer 50-prozentigen Arbeitsunfähigkeit bekamen die deutschen Arbeiter nur 75 Prozent der Rentenleistung eines polnischen Bergbauarbeiters. Der Arbeitstag betrug für die deutschen Arbeiter zehn Stunden und war damit im Vergleich zum damaligen gesetzlichen Arbeitstag von acht Stunden wesentlich länger. Im Notfall konnte diese Arbeitszeit auch verlängert werden. Eine etwaige Arbeitsverweigerung wurde bestraft.<sup>52</sup> Diese rechtlichen Einschränkungen der ethnisch deutschen Arbeiter in polnischen Bergbauwerken wurden durch den Beschluss des Zentralen Planungsamtes [Centralny Urząd Planowania – CUP] eingeführt. Das Ökonomische Komitee beim Ministerrat [Komitet Ekonomiczny

---

47 Marian Dobrosielski, *Mniejszość niemiecka w Polsce. Historia i Współczesność* [Deutsche Minderheiten in Polen. Geschichte und Zeitgenossenschaft], in: *Mniejszość niemiecka w Polsce: historia i terażniejszość* [Deutsche Minderheit in Polen: Geschichte und Gegenwart], Warszawa 1995, S. 63.

48 Piotr Madajczyk, *Niemcy* [Die Deutschen], in: ders. (Hg.), *Mniejszości narodowe w Polsce* [Die nationalen Minderheiten in Polen], Warszawa 1998, S. 68.

49 Jerzy Kochanowski, *W polskiej niewoli. Niemieccy jeńcy wojenni w Polsce* [In polnischer Gefangenschaft. Deutsche Kriegsgefangene in Polen], Warszawa 2001, S. 48.

50 Henryk Chałupczak/Tomasz Browarek, *Mniejszości narodowe w Polsce 1918–1995* [Nationale Minderheiten in Polen 1918–1995], Lublin 1998, S. 126.

51 Walczak, *Niemiecka siła robocza*, S. 76.

52 Anna Magierska, *Przywrócić Polsce: przemysł na Ziemiach Odzyskanych 1945–1946* [Zurückgeben für Polen: Industrie in den wiedergewonnenen Gebieten 1945–1946], Warszawa 1986, S. 343f.

Rady Ministrów – KERM] legte dies am 20. April 1946 fest. Die Regelung, die den ethnisch deutschen Arbeitern in polnischen Bergbauwerken jegliche Bürgerrechte entzog, galt bis 1949.<sup>53</sup> Ihr Besitz wurde auf Grund des Dekrets vom 8. März 1945 „über verlassene[s] und nachdeutsche[s] Besitztum“ konfisziert, sie durften ohne entsprechende Erlaubnis ihren Wohnort nicht verlassen und seit Sommer 1945 kein Radio und Telefon mehr besitzen.<sup>54</sup> Erst im Jahre 1949 änderte sich diese Situation allmählich. Im April 1949 wurden die Einkommen der deutschen Arbeiter denen der polnischen Arbeiter angeglichen. Die 25-Prozent-Regel, d.h. die Abgabe eines Viertels ihres Lohnes für den polnischen Wiederaufbau, wurde abgeschafft. Die Deutschen durften jetzt an den sozialistischen Arbeitswettbewerben teilnehmen und hatten so auch die Chance, die damit verbundenen Prämien zu erhalten.<sup>55</sup>

#### 4. Branchenunterschiede – Exkurs: EKO

Am Beispiel der DDR-Betriebe entlang der Oder-Neiße Linie an der deutsch-polnischen Grenze werden auch die Branchenunterschiede im Einsatz der ausländischen Arbeitskräfte deutlich. In den Vorzeigeinvestitionen der strategischen Eisen- und Stahlindustrie waren ausländische Arbeitskräfte im Gegensatz zur Textil- und Leichtindustrie der DDR nur selten präsent. Dafür gab es unterschiedliche Gründe. Die fehlende Qualifikation für die Arbeit im Hüttenwesen scheint hier der entscheidende Faktor zu sein. Außerdem entstand das Hüttenwerk EKO schon in den fünfziger Jahren, also ca. zehn Jahre früher als die späteren Betriebe der Leichtindustrie in Frankfurt/Oder oder Guben. Auf Grund der Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg wurden viele Menschen aus Schlesien in der Oder-Neiße Region ansässig, deren Arbeitskraft man für das künftige Werk nutzen konnte. Bereits die aus den siebziger Jahren stammenden Untersuchungen von Jochen Cerný haben gezeigt, dass sich fast die Hälfte der künftigen Belegschaft des EKO aus Umsiedlern rekrutierte.<sup>56</sup> Diese Arbeitskräfte besaßen bereits vorwiegend industrielle bzw. handwerkliche Qualifikationen. Nur ca. 24 Prozent der Belegschaft waren ohne Berufsausbildung ins EKO gekommen. Die Mehrheit hatte entweder einen Beruf, den sie in dem neuen Kombinat ausüben konnte (46

53 Tomasz Majchrzak, Wiederaufbau der Kohlenindustrie in Oberschlesien nach 1945, Diplomarbeit am Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Neuzeit von Frau Prof. Helga Schultz, Fakultät der Kulturwissenschaften, Europa-Universität Viadrina, Sommersemester 2002, S. 71.

54 Zenon Romanow, Położenie ludności niemieckiej na ziemiach zachodnich i północnych Polski w latach 1950–1957 [Die Lage der deutschen Bevölkerung in den West- und Nordgebieten Polens in den Jahren 1950–1957], in: Stanisław Łach (Hg), Władze komunistyczne wobec Ziemi Odzyskanych po II Wojnie Światowej [Die kommunistische Regierung in den wiedergewonnenen Gebieten nach dem Zweiten Weltkrieg], Słupsk 1997, S. 220.

55 Madajczyk, Niemcy, S. 69.

56 Jochen Cerný, Der Aufbau des Eisenhüttenkombinats Ost 1950/51, Doktorarbeit an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, 1971; ders., Zur Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR beim Aufbau des Eisenhüttenkombinats Ost (EKO), in: Wissenschaftliche Zeitschriften der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe 23 (1974), H. 6, S. 865–872; ders., Die Herausbildung sozialistischer Kollektive und Arbeiterpersönlichkeiten beim Aufbau des Eisenhüttenkombinats Ost (EKO) 1950–1952, in: Jahrbuch für Geschichte 17 (1977), S. 419–463 sowie ders., EKO – Eisen für die Republik, in: illustrierte historische hefte 34, Berlin 1984, S. 5–9.

Prozent) oder stammte sogar aus der Branche (13 Prozent).<sup>57</sup> Damit unterschied sich die Ausgangsposition der Arbeitskräfteressourcen im EKO gänzlich von anderen Kombinat, die in dieser Region in den sechziger Jahren neu entstanden. Für das neu entstehende Halbleiterwerk in Frankfurt/Oder wurden laut einer Anzeige in der SED-Bezirkszeitung *Neuer Tag*, Frankfurt/Oder vom 3. Dezember 1957, vor allem junge, ungelernete Frauen und Mädchen gesucht.<sup>58</sup> Daher konnten auch die aus Polen stammenden Pendlerinnen in den Betrieben zur Ausbildung eingesetzt werden.

Militärisch-strategische Gründe, wie die Angst vor Sabotage und Spionage, die vor allem in den fünfziger Jahren sehr präsent war, könnten ein weiterer Grund für die Branchenunterschiede beim Einsatz ausländischer Arbeitskräfte sein. Weiterhin könnte auch die fehlende Infrastruktur ein Grund dafür sein, dass keine polnischen Pendler im EKO eingesetzt wurden, weil es in der Nähe des Kombinats keinen Grenzübergang gab. Gegen diese Begründung spricht jedoch die Tatsache, dass auch kaum „Gastarbeiter“ im EKO beschäftigt wurden. Zudem sorgte der subventionierte Betriebsverkehr mit einer Reichweite von ca. 25 Kilometern bis zum nächsten Grenzübergang in Frankfurt/Oder dafür, dass die Beschäftigung von Pendlern kein Problem hätte darstellen müssen. Auch in der Phase des Ausbaus des EKO seit Beginn der sechziger Jahre, als der Bedarf an Arbeitskräften groß war, wurde die Möglichkeit des Einsatzes polnischer Pendler oder überhaupt ausländischer Arbeitskräfte im EKO kaum in Betracht gezogen. Stattdessen wurde für die Abdeckung des Bedarfs folgende Orientierung für die Eisen- und Stahlbranche erteilt:

- Weitere Einführung neuer Technik, Rekonstruktions- und Mechanisierungsmaßnahmen in den Betrieben der Metallurgie mit zweckgebundener Umsetzung von dadurch freiwerdenden 900 Arbeitskräften.
- Stilllegung bzw. Reduzierung von volkswirtschaftlich nicht entscheidenden Betrieben im Bezirk Frankfurt/Oder. Dabei plante man ca. 800 Arbeitskräfte aus den folgenden Betrieben in Eisenhüttenstadt freizusetzen: VEB Schiffswerft, VEB Steinbearbeitungswerk, VEB Holzwohle.
- Rekrutierung von 1.200 Frauen der nicht arbeitenden Bevölkerung aus dem Stadtkreis und dem Einzugsgebiet. Zur Unterstützung dieser Maßnahme sollten im Rahmen des Wohnungsbauprogramms bevorzugt Einrichtungen für die Unterbringung der Kinder errichtet werden.
- Ausbildung und Bereitstellung von Nachwuchskräften aus Eisenhüttenstadt, dem Bezirk Frankfurt/Oder und anderen Bezirken.
- Verstärkter Einsatz von Hoch- und Fachschulkadern aus dem Volumen des Volkswirtschaftsrates.
- Öffentliche Werbung von Arbeitskräften im gesamten Gebiet der DDR (außer den Nord-Bezirken) einschließlich der Lenkung von Abgängen aus der Nationalen Volksarmee.<sup>59</sup>

Ganz ohne den Einsatz ausländischer Arbeitskräfte kam das Kombinat allerdings nicht aus, obwohl diese Zahlen mit denen in anderen Betrieben in den DDR-Grenzbezirken nicht zu vergleichen sind. Im EKO spielten vor allem die Kontraktarbeiter und die so genannten

57 Černý, Die Herausbildung sozialistischer Kollektive, S. 462 f.

58 Gayko, Investitions- und Standortpolitik, S. 175.

59 UA EKO, VEB BKE, Akte Nr. A 42, Konzeption für den weiteren Ausbau des EKO, S. 189ff.

Spätaussiedler nur eine kleine Rolle in der Belegschaft, wenn es um den Einsatz der ausländischen Arbeitskräfte geht.

#### 4.1 Kontraktarbeiter

In den sechziger Jahren kam es im EKO zum begrenzten Einsatz von Ausländern aus den so genannten „befeundeten“ sozialistischen Staaten. Für das Jahr 1962 wurden knapp über 130 Arbeiter aus dem Ausland, vorwiegend Bulgaren, gemäß Ministerratsbeschluss vom 26. Oktober 1961 zur Durchführung der Produktion für das Kombinat zur Verfügung gestellt.<sup>60</sup> Damit waren viele neue Anforderungen für das EKO verbunden, so z.B. die Betreuung der Arbeitskräfte durch einen Dolmetscher. Der Betrieb bereitete sich sehr gründlich auf die ausländischen Arbeitskräfte vor. Mit dem Leiter des Werkrestaurants wurden Verhandlungen darüber geführt, inwieweit es möglich wäre, im Speiseplan Nationalgerichte der einzelnen Länder zu berücksichtigen. Die Beschaffung von Handbibliotheken in russischer und bulgarischer Sprache, von nichtsynchronisierten Filmen, die Bestellung von Tageszeitungen und Zeitschriften in der jeweiligen Sprache waren seitdem auch eine Aufgabe des Werkes.<sup>61</sup> Eine weitere Gruppe der Kontraktarbeiter, besonders in den siebziger Jahren, bildeten die jugoslawischen und polnischen Spezialisten, auch wenn ihre Zahl sehr überschaubar ist.

#### 4.2 Spätaussiedler

In den sechziger Jahren spielten auch die so genannten Spätaussiedler aus Polen eine Rolle bei der Sicherung des Arbeitskräftebedarfs für die Produktionserweiterung im EKO. Bei einer Analyse der Arbeitskräfte im EKO wurde 1969 eine Liste der Zuzüge aus der VR Polen seit 1964 erstellt. Danach waren im EKO 87 Personen registriert, die in dieser Zeit aus Polen ausgesiedelt wurden. Bei über 7.000 Beschäftigten bildeten sie damit nur ca. 1 Prozent aller Werktätigen im EKO. Die meisten von ihnen, nämlich 46 Personen, wurden sofort oder spätestens einen Monat nach ihrer Ankunft in der DDR im EKO eingestellt. Die zweitgrößte Gruppe fand innerhalb von acht Monaten im Werk eine Anstellung. Nur 14 Personen wurden erst nach einem bis drei Jahren EKO-Mitarbeiter. Diese Statistik legt den Schluss nahe, dass für diese Personen auf Grundlage der Abkommen zwischen der DDR und der VR Polen schon bei der Ausreise aus Polen das Ziel Eisenhüttenstadt bestimmt wurde. Darüber hinaus sind im EKO-Unternehmensarchiv Unterlagen vorhanden, die diese Vorgehensweise bestätigen.<sup>62</sup> Vom zuständigen Konsulat der DDR in Polen erhielten die Aussiedler als Vorlage für die polnischen Behörden meist eine Bestätigung des Rates der Stadt Eisenhüttenstadt, dass ihnen die ständige Einreise in die DDR genehmigt wurde und dass für sie eine entsprechende Wohnunterkunft sowie Arbeitsmöglichkeiten in Eisenhüttenstadt vorhanden waren. Aus den Erzählungen eines ehemaligen Arbeiters, der ebenfalls in den sechziger Jahren aus Polen ins EKO kam, ist zu erfahren, dass das oft die einzige Möglichkeit war, um

60 UA EKO, VEB BKE, Akte Nr. A 579, Maßnahmen zum Einsatz von Arbeitskräften aus den befreundeten sozialistischen Ländern, S. 51.

61 Ebd., S. 52.

62 UA EKO, VEB BKE, Akte. Nr. A 1670, Aufstellung der Zuzüge aus der VR Polen seit 1964, S. 2–5.

aus Polen auszusiedeln.<sup>63</sup> Die meisten Familien wollten nach Westdeutschland aussiedeln, und wenn ihnen dies nicht gelang, war die DDR sozusagen die zweite Wahl. Meistens wurden ganze Familien, die aus Polen kamen, im EKO eingestellt, zumindest aber die beiden Eheleute. Geographisch gesehen stammen die meisten Aussiedler aus Oberschlesien. So sind von den 87 registrierten Personen 20 aus Bytom, neun aus Gliwice und anderen Orten des Oberschlesien Industriekreises (Górnośląski Okręg Przemysłowy, GOP). Diese Tatsache legt wiederum die Vermutung nahe, dass sich die Integration im Arbeitsumfeld im EKO nicht so schwierig gestaltete, wie dies für Arbeiter aus den landwirtschaftlich geprägten Regionen wahrscheinlich der Fall gewesen wäre. Die meisten Aussiedler besaßen inzwischen industrielle Berufe. Ein von mir befragter Zeitzeuge arbeitete zum Beispiel als Elektromonteur beim Verkehrsunternehmen der Woiwodschaft in Radzionków bei Katowice. Die zweitstärkste Gruppe auf der Liste stellten die Familien aus der nach dem Zweiten Weltkrieg geteilten Stadt Frankfurt/Oder, nämlich aus Słubice, das vor dem Krieg als Dammvorstadt den östlichen Teil von Frankfurt/Oder gebildet hatte. Dabei handelte es sich um zwei große Familien, die zusammen eine Gruppe von zwölf Personen bildeten.<sup>64</sup> Die meisten Personen dieser Gruppe waren junge Menschen, d.h. unter 39 Jahre alt. Die ausgesiedelten Personen erhielten mit der Einreise in die DDR die Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik.

## 5. Länderunterschiede

Nicht nur zwischen den Branchen, sondern auch zwischen den verschiedenen Ländern des RGW bestanden Unterschiede, wenn es um den Einsatz der ausländischen Arbeitskräfte geht. Diese Unterschiede in Intensität und Quantität des Einsatzes ausländischer Arbeitskräfte sind auf die Ausgangssituation sowie auf die politischen Verhältnisse zurückzuführen. Insbesondere sind hier der unterschiedliche Industrialisierungsgrad, die Unterschiede bei Kriegs- und Vertreibungsverlusten an der Bevölkerung und die territorialen Veränderungen, wie zum Beispiel die Teilung Deutschlands, zu nennen. Da in der DDR mit der bis 1961 offenen Grenze nach Westen das Problem der fehlenden Arbeitskräfte am größten war, wurden hier die meisten ausländischen Arbeitskräfte beschäftigt. In Polen wiederum, wo ein großes Reservoir von Arbeitskräften in den ländlichen, überbevölkerten Regionen bestand (für die Tschechoslowakei waren das die ländlichen Regionen im slowakischen Teil), wurden proportional die wenigsten Ausländer in den Betrieben eingestellt.

Von Anfang an versuchte man in der DDR, der Abwanderung vor allem der gut qualifizierten Arbeitskräfte in die Bundesrepublik entgegenzusteuern und den Arbeitsmarkt zu koordinieren. Dies geschah durch die Zuweisung von Arbeitskräftekontingenten mit rechtlich eingeschränkter Mobilität, nämlich von Strafgefangenen und seit den sechziger Jahren auch von ausländischen Arbeitnehmern, die auf Grundlage zwischenstaatlicher Verträge jeweils für eine begrenzte Zeit an bestimmte Arbeitsstellen und Unterkünfte gebunden wa-

63 Interview mit Herrn Boleslaw Ptasczek, Eisenhüttenstadt, im Februar 2001.

64 UA EKO, VEB BKE, Akte. Nr. A 1670, Aufstellung der Zuzüge aus der VR Polen seit 1964, S. 2–5.

ren.<sup>65</sup> Nur im Fall der Pendler war der Einsatz unbefristet, denn die große Nachfrage nach Arbeitskräften in den Grenzbezirken der DDR stieß auf das große Interesse des polnischen Staates. Das Angebot an freien Arbeitskräften war in den westlichen Woiwodschaften Polens sehr groß. Außerdem schätzten die polnischen Arbeiter die Einkaufsmöglichkeiten in Frankfurt/Oder oder Guben besonders. Die DDR hatte sich bereits 1960/1961 wegen der durch die Fluchtwelle in die Bundesrepublik besonders angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt um das Zustandekommen zwischenstaatlicher Vereinbarungen zur Industriebeschäftigung polnischer Arbeitnehmer am stärksten bemüht.<sup>66</sup>

## 6. Probleme des Alltags – Möglichkeiten und Grenzen der Integration

Der Einsatz der ausländischen Arbeitskräfte in den sozialistischen Großbetrieben blieb nicht folgenlos. Viele Probleme mussten vor Ort mehr oder weniger spontan gelöst werden. Das größte Problem bereitete die Kommunikation. Unabhängig von Herkunftsland und Kategorie der zugewiesenen ausländischen Arbeitskräfte blieb das Verständigungsproblem, also die ungenügende Beherrschung der fremden Sprache, das größte Hindernis für die ausländischen Arbeitskräfte. Schnell stellte sich allerdings heraus, dass die kulturellen Unterschiede selbst weitere Alltagsprobleme erzeugten, die oft noch gravierender waren als die Sprache. Dabei kam es zu Integrationsproblemen nicht nur der ausländischen Arbeitskräfte, sondern auch der inländischen Minderheiten.

Hier sind deutliche Unterschiede zum Beispiel zwischen den Pendlern und den „Gastarbeitern“ in der DDR oder den ethnischen Minderheiten wie den Roma in Nowa Huta oder in der Ostrava-Region zu beobachten. Die kulturell bedingten Alltagsprobleme beeinflussten die Integration dieser Arbeitskräfte in den Betrieben. Das Gelingen der Integration in den Betrieben hing nicht unbedingt von der Zahl dieser Arbeiter ab, sondern von den Maßnahmen, die die Werke und die Länder für die Integration der Arbeitskräfte ergriffen. Die beste Integration wurde im Fall der polnischen Pendlerinnen erreicht, obwohl sie oft bis zu 50 Prozent der Belegschaft bildeten und täglich nach Hause nach Polen pendelten. Mehrere Polinnen lernten im Laufe der Zeit die deutsche Sprache. Sie schlossen Freundschaften mit ihren deutschen Kolleginnen, die teilweise bis heute andauern. Sie feierten zusammen oder besuchten gemeinsam die Betriebsschule. Eine Welle deutsch-polnischer Hochzeiten ist seit 1972 im Frankfurter Standesamt zu beobachten.<sup>67</sup> Für diese meist gut gelungene Integration der polnischen Pendlerinnen war entscheidend, dass die weitgehende rechtlich-soziale Gleichstellung der ausländischen Arbeiter sowohl seitens des Aufenthalts- als auch des Entsendelandes gewährleistet und wie sie gestaltet wurde. Durch eine weitgehende Gleichbehandlung der polnischen Arbeitnehmerinnen und eine Vielzahl betriebsinterner Regelungen wurde im Laufe mehrerer Jahre ihre Integration in die Stammebelegschaften erreicht.

---

65 Gayko, Investitions- und Standortpolitik, S. 174.

66 Gayko, Investitions- und Standortpolitik, S. 178.

67 Jajeśniak-Quast/Stokłosa, Geteilte Städte, S. 116.

Viele der langjährig in der DDR beschäftigten Pendlerinnen identifizierten sich in nicht minderem Maße als ihre deutschen Kolleginnen mit „ihrem“ Betrieb. Aus der Sicht der DDR-Betriebe gestaltete sich die Einbeziehung eines wachsenden Belegschaftsanteils polnischer Arbeitnehmerinnen in die Produktion als ein für das Wachstum und die Erreichung der Planziele entscheidender Faktor.<sup>68</sup> Auch für die polnische Seite war die Möglichkeit der Beschäftigung der Pendler in den DDR-Betrieben von Vorteil, und das vor allem, weil die Anforderungen für die Aufnahme der Arbeit nicht besonders hoch waren und viele unqualifizierte Frauen, die eine Beschäftigung suchten, an diesen Maßnahmen teilnehmen konnten. Im Fall des Frankfurter Halbleiterwerkes erfolgte die Vermittlung der Pendler durch das polnische Arbeitsamt vor allem in der Nachbarstadt Słubice. Als Einstellungskriterien bestimmte die deutsche Seite vor allem das Alter zwischen 17 und 30 Jahren sowie einen guten Gesundheitszustand. Diesen Restriktionen standen auf der anderen Seite gute Verdienstmöglichkeiten und attraktive Sachleistungen in der DDR gegenüber. Zu diesen zählten ärztliche und zahnärztliche Betreuung, stationäre Behandlung in Krankenhäusern, Heilkuren und prophylaktische Kuren, Medikamente und Krankentransport. Den Pendlern gewährte Geldleistungen umfassten Kranken- und Schwangerschaftsgeld, Mütterunterstützung, Lohnausgleichszahlungen bei Krankheiten der Kinder, Sterbegeld, etc.<sup>69</sup> In dem deutschen Betrieb wurde zur Betreuung der Pendler ein polnischer Arzt aus Słubice eingestellt, der zwei Mal pro Woche seine Sprechstunden hielt. 1972 beschloss die Werksleitung, in der seit 1959 erscheinenden Betriebszeitung *Kristallspiegel* regelmäßig auch einige Seiten in polnischer Sprache zu veröffentlichen, um die im Werk arbeitenden Polen noch umfassender über das Betriebsgeschehen zu informieren. Eine weitere innerbetriebliche Maßnahme war die Eröffnung der polnischen Minibibliothek, in der sich die Polinnen Bücher in ihrer Muttersprache ausleihen konnten. Immer waren auch zwei Dolmetscherinnen im Werk anwesend, um bei den vor allem am Anfang großen Sprachproblemen helfen zu können.<sup>70</sup>

Die persönlichen Motive der polnischen Arbeiterinnen für die Arbeitsaufnahme in der DDR hatten vor allem mit dem attraktiven Einkommen und den Qualifikationsmöglichkeiten zu Teilfach- bzw. Facharbeitern zu tun.<sup>71</sup> Tatsächlich waren die Verdienstmöglichkeiten in der DDR für die polnischen Arbeiterinnen viel höher. Dazu kam auch das vergleichsweise gute Warenangebot in den Geschäften, das in Polen während der Wirtschaftskrise der achtziger Jahre nicht aufrechterhalten werden konnte. Das alles führte dazu, dass die polnischen Arbeiterinnen sich im Rückblick auf ihre Beschäftigung an die DDR als ein „zweites

---

68 Gayko, Investitions- und Standortpolitik, S. 198.

69 Helias, Polnische Arbeitnehmer, S. 8.

70 Agnieszka May, Erfahrungen polnischer und italienischer Gastarbeiter in Deutschland. Eine vergleichende Untersuchung am Beispiel des Halbleiterwerkes Frankfurt (Oder) und des Volkswagenwerkes Wolfsburg, Diplomarbeit am Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Neuzeit von Frau Prof. Helga Schultz, Fakultät der Kulturwissenschaften, Europa-Universität Viadrina, Sommersemester 1999, S. 48 und 70.

71 Ryszard Pantkowski, Zatrudnienie mieszkańców terenów przygranicznych w zakładach pracy NRD [Die Beschäftigung der Bewohner der Grenzregionen in den Arbeitsbetrieben der DDR], in: Przegląd Lubuski 3/4 (1984), S. 127–142, hier: S. 140; vgl. auch Jajeśniak-Quast/Stokłosa, Geteilte Städte, S. 159.

Amerika“ erinnerten.<sup>72</sup> Zu diesen materiellen Vorteilen kamen die Anerkennung und der soziale Aufstieg. Um den polnischen Werkträgern den Erwerb der Facharbeiterqualifikation zu erleichtern, richtete die Betriebsschule des Halbleiterwerkes in Frankfurt/Oder Lehrgänge in polnischer Sprache ein. Die Ausbildung garantierte wiederum vielen Polinnen die Möglichkeit des Aufstiegs innerhalb des Werkes. Darüber hinaus erhielten viele polnische Arbeiterinnen die Auszeichnung „Banner der Arbeit“ oder wurden mit der „Verdienstmedaille der DDR“ geehrt. Gerade diese Ausbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten stellten sich im Fall der polnischen Pendlerinnen als sehr integrationsfördernd heraus, was in vielen anderen Fällen, wie zum Beispiel dem der Roma, nicht der Fall war.

Nicht immer war daher die Integration der ausländischen Arbeitskräfte das größte Problem. Schnell stellte sich heraus, dass die Integration von Arbeitern, die aus dem eigenem Land kamen, jedoch einen „fremden“ kulturellen Hintergrund hatten, genauso oft oder sogar noch häufiger Probleme bereitete als die der „echten“ Ausländer. Der meistgenannte Grund dafür war der sehr unterschiedliche Kulturkreis, der im Fall der polnischen Arbeiter in der DDR nicht so gravierend ins Gewicht fiel. Die größten Integrationsprobleme bereiteten dagegen vor allem die ethnischen Minderheiten. Ein Beispiel sind die Roma in Nowa Huta oder in den tschechischen und slowakischen Großbetrieben. Die Integration der Roma war Teil der staatlichen Politik der sozialistischen Länder, die die Assimilierung nationaler Minderheiten als ein Element der ethnischen Homogenisierung der Staaten auf dem Weg zum Nationalstaat anstrebten.<sup>73</sup> In vielen europäischen Ländern wurde die Aufgabe der Integration und Assimilation der Roma aufgegriffen. Begründung, Methoden und Mittel dieser Integrationspolitik änderten sich oft und unterschieden sich je nach Land. Die dahinter stehenden Perzeptionen und die Kategorisierung der Roma blieben allerdings gleich. Die Roma wurden als ein „Problem“ angesehen, das es zu lösen galt.<sup>74</sup>

In Polen war die Grundidee dieser Politik die „Produktivierung“ der Roma. In den fünfziger Jahren bildeten die Roma in Polen im Vergleich zur Tschechoslowakei nur eine kleine ethnische Gruppe. Nach den Schätzungen der Regierung waren in Polen zu dieser Zeit ca. 30.000 Roma ansässig. Tatsächlich wurde diese Zahl nach der Volkszählung vom März 1963 mit ca. 17.000 bis 18.000 Personen angegeben. Eine Mehrheit der Roma von ca. 10.000 Personen pflegte schon einen sesshaften Lebensstil.<sup>75</sup> Auf der Baustelle des neuen Hüttenkombinates in Nowa Huta war eine relativ große Konzentration der aus dem ganzen Land kommenden Roma zu verzeichnen. Am 20. Oktober 1950 wurde im Rahmen der staatlichen Integrationspolitik der erste Wohnblock für die Roma, die in Nowa Huta arbeiteten, übergeben. Das neue Haus besaß neben den Wohnungen auch einen Gemeinschaftsraum, wo Kurse für Analphabeten gegeben werden sollten. Danach sollte dort ein Kurs für

---

72 Projekt deutsch-polnische Geschichte e.V. (Hg.), *Lebenserinnerungen polnischer und deutscher Arbeiterinnen aus der Zeit ihrer gemeinsamen Tätigkeit im Halbleiterwerk Frankfurt/Oder*, Frankfurt/O. 1995, S. 2.

73 Andrzej Mirga, *Romowie w historii najnowszej Polski* [Roma in der Neuesten Geschichte Polens], in: Zbigniew Kurcz (Hg.), *Miniejszości narodowe w Polsce* [Nationale Minderheiten in Polen], Wrocław 1997, S. 153–179, hier: S. 157.

74 Ebd., S. 156.

75 Jerzy Fickowski, *Cyganie na polskich drogach* [Roma auf den polnischen Wegen], in: *Wydawnictwo Literackie Kraków* 1965, S. 130 sowie Interview mit Jerzy Fickowski, geführt von Ryszard Kosiński in den sechziger Jahren, o.O., o.D.

Roma-Brigadiere beginnen.<sup>76</sup> Die Integration konnte aber nur sehr schleppend vorangetrieben werden, was den Planvorgaben der sozialistischen Industrialisierung nicht entsprach und deshalb zu Konflikten führte. Die Roma bereiteten den Entscheidungsträgern große Probleme mit der Assimilation an einem Ort. Dabei spielten auch Differenzen zwischen den verschiedenen Zweigen dieser Ethnie eine große Rolle, die von den Entscheidungsträgern auf Grund ihrer Unkenntnis dieser Zusammenhänge oft vernachlässigt wurden. Die polnischen Roma teilten sich nämlich in vier Gruppen auf: Niederroma, Oberroma, Kotlarze [Kupferschmiede] und Lowari. Die Sprache der Niederroma unterscheidet sich sehr von der Sprache der Oberroma, so dass sie nicht selten nur auf Polnisch kommunizieren können. Die Niederroma und Kotlarze waren die zahlenmäßig Stärksten und pflegten einen wandernden Lebensstil. Die Gruppe der Oberroma war schon seit einigen Generationen sesshaft. Ihre Siedlungsregionen waren vor allem die Woiwodschaften der Karpaten und Hohen Tatra, nämlich die Kreise um Nowy Targ und Nowy Sącz. Diese Gruppe bildete das so genannte Zigeunerproletariat und beschäftigte sich vor allem mit Betteln, dem Steinbruch für den Straßenbau oder in wenigen Fällen mit der Schmiedekunst. Weil diese Kreise nahe bei Nowa Huta lagen und diese Gruppe am leichtesten zu assimilieren war, wurden ihre Angehörigen vor allem in Nowa Huta eingestellt.

Trotz der bereits länger gelebten Sesshaftigkeit konnte sich diese Gruppe allerdings kaum assimilieren. Ein Indikator hierfür waren die Eheschließungen. Immer noch heirateten die Roma in Nowa Huta fast ausschließlich untereinander. Noch schwieriger war das im Fall der Niederroma, die viel stärker einen wandernden Lebensstil bevorzugten. Dazu kam die Unkenntnis der traditionellen Lebensweise der Roma seitens der Funktionäre und die standardisierte Planwirtschaft, in der kein Platz für Ausnahmen und Sonderregelungen war. Bekannt sind zum Beispiel Fälle, in denen die Niederroma die neuen Wohnungen in mehrstöckigen Wohnhäusern in Nowa Huta ablehnten. Weder die Baufirmen noch die Administration des Werkes hatten die spezifische Tradition der Roma gekannt und berücksichtigt. Nach der Tradition der Roma konnte ein Mann nicht zulassen, dass eine Frau über ihm wohnt, denn nach diesem traditionellen Verständnis fühlte sich ein Mann einer Frau im Status unterlegen, wenn er unter ihr wohnen sollte, ja er hätte dann als „unrein“ gegolten. So kam es vor, dass Roma-Familien, die in Nowa Huta eintrafen, ihre neuen Wohnungen aus Angst vor „Unreinheit“ sofort verließen und sich in Zelten ein Paar Kilometer weiter niederließen. Von dort kamen sie zur Arbeit in Nowa Huta.<sup>77</sup>

In der Betriebschronik und anderen zeitgenössischen Literaturquellen über Nowa Huta wurde nur sehr wenig über die Roma und deren Problemlage festgehalten. Zwischen den Zeilen kann man die mit ihrer Assimilation verbundenen Schwierigkeiten allerdings herauslesen, wie auch der folgende Textauszug zeigt:

„Besonders schwierig ist die Bildungs- und Erziehungsarbeit unter den Zigeunern. Der Nationalrat im Stadtteil Nowa Huta kümmerte sich sehr um sie und hatte ihnen bequeme Wohnungen in einem Block in der Siedlung A1 zu Verfügung gestellt. Es

---

76 Tadeusz Gołaszewski, *Kronika Nowej Huty. Od utworzenia Działu Projektowania Nowej Huty do pierwszego spustu surówki wielkopiecowej* [Chronik von Nowa Huta. Von der Entstehung der Projektierungsabteilung bis zum ersten Stich von Hochofen-Roheisen], in: Wydawnictwo Literackie Kraków 1955, S. 151.

77 Fickowski, *Cyganie na polskich drogach*, S. 161.

wurde auch für Zigeuner ein spezieller Kurs für Allgemeine Bildung für Erwachsene organisiert. Von der Lehre machten aber nur 35 Personen Gebrauch. [...] Neben der Arbeit und dem Unterricht finden die Zigeuner noch die Zeit für den bei ihnen beliebten Tanz und die Musik. Nach dem Beenden des Kurses gründeten die Begabten von ihnen eine Tanz- und Musikgruppe, die sich einer großen Popularität unter den Erbauern von Nowa Huta erfreute.<sup>78</sup>

Das Ziel der kommunistischen Partei war es, die Roma – ähnlich wie die Frauen – in demonstrativer Art und Weise für die industrielle Arbeit zu gewinnen und damit die Beharrungskraft der „feudalen“ Elemente aus dem Vorkriegspolen zu brechen.<sup>79</sup> Dieses Ziel konnte, wenn überhaupt, nur unter großen Opfern, insbesondere in Form der Zerstörung der spezifischen Kultur und Sprache der Roma, erreicht werden.

Noch schwieriger gestaltete sich die Integration der Roma in der Tschechoslowakei. Nach 1945 kam es zu einer verstärkten Migrationsbewegung der Roma-Bevölkerung, die sie meist aus der Slowakei in den tschechischen Teil des Landes führte. Entweder wurden sie in die Westgebiete des Landes umgesiedelt, um das Vakuum nach der Vertreibung der Deutschen zu füllen, oder sie wurden als Arbeitskräfte in den neu entstehenden Betrieben dringend gebraucht. Direkt nach dem Zweiten Weltkrieg lebten im tschechischen Teil des Landes auf Grund der Verfolgung und Ermordung der Roma während der deutschen Besatzung gerade noch ca. 1.000 Roma.<sup>80</sup> Laut Volkszählung vom August 1947 wurden im tschechischen Teil der Tschechoslowakei bereits wieder über 16.000 Roma gezählt, wobei die meisten von ihnen Migranten aus der Slowakei waren. Zur verstärkten Migration der slowakischen Roma kam es, nachdem die staatlichen Organe während des Prozesses der sozialistischen Industrialisierung den Ausbau des Industriekreises in Ostrava zum sogenannten „Stahlherz der Republik“ – dem wichtigsten Rohstoff-, Energie- und Hüttenzentrum – beschlossen.<sup>81</sup> Als Ergebnis dieser Migration lebten im Jahre 1958 allein im Kreis Ostrava schon über 17.000 Roma. Sie bildeten die Hauptreserve der nichtqualifizierten Arbeitskräfte für die sozialistischen Großbetriebe bzw. Großbauten.<sup>82</sup> Die propagierte „Assimilation, Adaption und Integration“ der Roma-Bevölkerung gestaltete sich aber sehr schwierig. Das größte Problem war die hohe Fluktuation der Roma in den Betrieben. Obwohl der größte Teil dieser Arbeitskräfte mit der ganzen Familie umzog, war die fehlende Bindung an einen Ort und damit an einen Betrieb das größte Problem. Und die ständigen Wohnungsprobleme der sozialistischen Planwirtschaft konnten auch nicht gerade dazu beitragen, die Familie an einem Ort zu binden. Als noch problematischer sollte sich die Beschäftigung der Roma-

78 Gołaszewski, *Kronika Nowej Huty*, S. 313.

79 Lebow Katharine, *Building „People’s Poland“* Nowa Huta, 1949–1956, Dissertation an der Columbia University 2002, 201f. Das Manuskript befindet sich im Besitz der Autorin.

80 Karel Sommer, *Živelné přesuny osob cikánského původu do ostravského regionu v poválečném období a na počátku 50 let* [Elementare Verschiebung der Roma-Bevölkerung in die Region von Ostrava in der Nachkriegszeit und zu Beginn der fünfziger Jahre], in: *Slezský Sborník* 3 (1997), S. 186–196, hier: S. 189.

81 Sommer, *Živelné přesuny*, S. 191.

82 Nina Pavelčíková, *Romové – zdroj nekvalifikovaných pracovních sil pro komunistickou ekonomiku padesátých a šedesátých let (na příkladu Ostravska)* [Roma – Quelle der unqualifizierten Arbeitskräfte für die kommunistische Ökonomie der fünfziger und sechziger Jahre (am Beispiel der Ostrauerregion)], in: Josef Harna/Petr Prokš (Hg.), *Studie k moderním dějinám* [Studien für Zeitgeschichte], Praha 2001, S. 425–443, hier: S. 431 und 437.

Frauen erweisen. Die meisten Frauen aus den Roma-Familien waren an das traditionelle Leben gewöhnt, das ihre Rolle als Mutter und Hausfrau in den meist kinderreichen Familien vorsah. Nur wenige der Frauen akzeptierten die Existenz der staatlichen Kinderbetreuungseinrichtungen, und die meisten weigerten sich, ihre Kinder in die Krippen bzw. Kindergärten zu schicken. Das Problem der Qualifizierung oder überhaupt der Ausbildung der Kinder stellte sich als weiteres Hindernis für eine gelingende Integration dar. In den fünfziger Jahren gab es in den Großbetrieben in der Ostrava-Region praktisch gar keine Roma, die eine höhere Qualifikation als ein Aushilfsarbeiter besaßen. Die propagierten staatlichen Programme gegen den Analphabetismus sowie für die Qualifizierung der Roma stießen an die Grenze der sozialistischen Planwirtschaft. Durch die forcierte Industrialisierung und Bevorzugung der Schwerindustrie blieb der technische Fortschritt oft auf der Strecke. Für unqualifizierte Arbeiter wie die Roma blieben immer noch genug Nischen. Selbst der sozialistische Fürsorgestaat verstand es nicht, die richtigen Impulse für die Weiterqualifizierung zu geben und den Betroffenen deren Notwendigkeit deutlich zu machen. Das Problem wurde vor allem bei den Roma-Mädchen deutlich. Die Fälle, in denen schon 14-jährige Mädchen Familien gründeten, häuften sich. Das sozialistische System förderte kinderreiche Familien allerdings auch mit zahlreichen Sonderleistungen wie Geburtsgeld, Willkommenspaketen für Babys etc., so dass diese Politik letztlich ganz andere Ergebnisse hatte, als sie von den Entscheidungsträgern intendiert waren. Die offiziellen Programme der Partei, wie die beiden Beschlüsse des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei [Komunistická Strana Československa, KSČ] aus dem Jahr 1958 über „die aktuelle Situation und künftige Aufgaben in der Arbeit mit der Zigeunerbevölkerung“, die als Ziel die Einbeziehung aller Roma in den Arbeitsprozess verfolgten, waren wenig erfolgreich.<sup>83</sup> Es war nicht einfach, der Roma-Bevölkerung die Einhaltung grundlegender hygienischer Standards beizubringen und das Problem des Schulbesuches der Roma-Kinder zu lösen. Man wusste nicht, wie man die Roma motivieren sollte, wie man ihr Verhalten und ihre Bräuche zu lenken hatte. Das anfängliche Suchen nach einer „Lösung“ des Roma-„Problems“ war voller Illusionen über die Wirksamkeit des Einflusses des kommunistischen Regimes. Ein Verbot des Aufenthaltes der Roma in den Pferdelagern vom 17. Juni 1950 oder das Gesetz über die ständige Niederlassung der Roma-Nomaden aus dem Jahre 1958 belegten die Unfähigkeit, eine Lösung zu erreichen.<sup>84</sup> Das Hauptproblem blieb nach wie vor die mangelhafte Ausbildung und Qualifizierung gerade dieses Teils der Bevölkerung. Der heutige Transformationsprozess zeigt dieses Problem sehr deutlich, denn vor allem diese Bevölkerungsschichten sind in der Tschechischen Republik und in der Slowakei von hohen Arbeitslosigkeitsraten betroffen.

---

83 Pavelčíková, Romové – zdroj, S. 438.

84 Zákon č. 74/1958 Sb. O trvalém usídlení kočujících osob [Gesetz Nr. 74/1959 über die ständige Niederlassung der nichtsesshaften Personen], vgl dazu: Sommer, Živelné přesuny, S. 186 und S. 196.

## 7. Fazit

In diesem Beitrag habe ich versucht, anhand der rechtlichen Regelungen und weniger Beispiele aus dem Betriebsalltag den Umgang mit ausländischen Arbeitskräften und den Arbeitern, die sich aus ethnischen Minderheiten rekrutierten, in den sozialistischen Großbetrieben aufzuzeigen. Die sozialistische Industrialisierung schuf eine Reihe von industriellen Großbetrieben in Ostmitteleuropa, und zwar oft unabhängig von dem Industrialisierungsniveau des Landes. Das führte dazu, dass vor allem in den bereits industrialisierten Ländern wie der Tschechoslowakei oder dem Gebiet der späteren DDR ein permanenter Mangel an Arbeitskräften herrschte. Daraus resultierten die Unterschiede in der Quantität des Einsatzes ausländischer Arbeitskräfte zwischen den einzelnen sozialistischen Ländern. Im RGW waren vor allem die DDR und die Tschechoslowakei viel stärker auf auswärtige Arbeitskräfte angewiesen als zum Beispiel Polen oder Ungarn, wo in den landwirtschaftlich geprägten und überbevölkerten Regionen noch große Reserven an Arbeitskräften vorhanden waren.

In all diesen Ländern war das Verhältnis zu den ausländischen Arbeitskräften bzw. den ethnischen und nationalen Minderheiten ambivalent. Je nachdem, welcher Kategorie sie zugeordnet wurden, wurden die auswärtigen Arbeiter unterschiedlich behandelt. Die Klassifizierung der Arbeiter spielte also für ihre Erfahrungen eine große Rolle. Nicht selten hatten aber die Betriebe und selbst die Gastländer keinen Einfluss auf diese differenzierte Auslegung von Regelungen. Diese wurden meistens in den bilateralen Staatsverträgen festgehalten, und oft übte das Entsendeland größeren Einfluss auf die rechtliche Handhabung aus als das Gastland. Von Fall zu Fall konnte sich die Klassifizierung der ausländischen Arbeitskräfte von dem in diesem Beitrag präsentierten Schema unterscheiden, das aus den Akten der Unternehmensarchive extrahiert wurde. Aus den dort rechtlich festgelegten Kategorien wie Pendler, Kontraktarbeiter, Vertragsarbeiter und politische Emigranten resultierte die unterschiedliche Handhabung im Fall der ausländischen Arbeitskräfte, wie die primären Quellen aus den Betriebsarchiven zeigen. Neben diesen Kategorien konnte zudem noch eine Gruppe der ethnischen und nationalen Minderheiten identifiziert werden. Obwohl diese letzte Gruppe nicht aus ausländischen Arbeitskräften im engeren Sinne bestand, wurden ihre Mitglieder doch anders behandelt als die Arbeitskräfte der Mehrheitsbevölkerung.

Der Umgang mit den ausländischen Arbeitskräften wurde rechtlich und im Betriebsalltag unterschiedlich gehandhabt. Nicht immer war die Integration dieser Arbeitskräfte gewollt. Das Gelingen der Integration in den Betrieben hing nicht von der Zahl dieser Arbeiter im jeweiligen Land ab. Vielmehr waren dafür die Maßnahmen ausschlaggebend, die Werke und Länder ergriffen. Für die in diesem Artikel untersuchten Beispiele konnte die beste Integration im Fall der polnischen Pendlerinnen in der DDR nachgewiesen werden. Durch eine weitest gehende Gleichstellung der polnischen Arbeiter mit den Deutschen und eine Vielzahl betriebsinterner Regelungen wurde im Laufe der Jahre eine Integration in die Stammbesellschaften erreicht. Darüber hinaus wurden verschiedentlich Freundschaften zwischen den deutschen und polnischen Arbeitern geknüpft, die teilweise bis heute andauern. Demgegenüber stellte sich die Integration der einheimischen, aber aus fremden Kulturkreisen stammenden ethnischen Minderheiten wie der Roma als sehr schwierig dar. Bis heute konnte zum Beispiel das Problem der mangelhaften Ausbildung dieser Gruppe nicht gelöst werden.